

Stand: 08.04.2002

Joachim Hofmann-Göttig

**Sozialwissenschaftliche
Politikberatung**

-

**Praxisbericht:
Ein Übungsfeld
der Politologie**

**Hintergrundmaterial zur Antrittsvorlesung
anlässlich der Verleihung der Honorarprofessur**

**Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Politische Wissenschaften**

10. April 2002

**Reader zum Seminar
„Die heiße Wahlkampfphase –
Bundestagswahl am 22. September 2002.
Sozialwissenschaftliche Politikberatung und Wahlkampf“**

**Justus-Liebig-Universität Gießen
Institut für Politische Wissenschaften**

Sommersemester 2002

Abschrift

Die Justus-Liebig-Universität Gießen

verleiht

Herrn Dr. phil. Joachim Hofmann-Göttig

geb. am 30. August 1951

die Bezeichnung

Honorarprofessor

Gießen, den 15. März 2002



Der Präsident

Prof. Dr. Stefan Hormuth

Inhalt

	Seite
Einleitung	5
I. Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Politikberatung (SPB)	6
1. Woran liegt der Stellenwert SPB? Acht Feststellungen.	7
2. Was ist SPB in der politischen Praxis?	19
3. Was ist der Kern strategischer Politikberatung?	21
4. Wo liegen die Grenzen der Umfrageforschung?	22
5. Führt SPB zu einer am „main stream“ opportunistisch angepassten Politik?	28
6. Wer sind die Berater?	30
II. Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie	31
1. Wie ist mein Seminar angelegt?	33
2. Welche Schlüsselqualifikationen werden angestrebt?	35
3. Welche Erwartungen verbinden sich mit dem Konzept des „doppelten Rollenspiels“?	39
4. Wie beurteilen die Seminarteilnehmer/innen das Konzept?	41
Schlussbemerkung	42
III. Anhang	43
1. Biografische Nachbemerkung	45
2. Tabellarischer Lebenslauf, Funktionen, Ehrungen	51
3. Wissenschaftliche Bibliografie des Verfassers	53
4. Quellen für das Seminar	56
5. Glossar	61
6. Namensregister	63

Einleitung

Für meine heutige Antrittsvorlesung als „Honorarprofessor“ am Institut für politische Wissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen habe ich mir das Thema gewählt: **„Sozialwissenschaftliche Politikberatung“**.

Ich möchte Ihnen **im ersten Teil** meiner gut halbstündigen Vorlesung die **„Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Politikberatung“** darlegen, so wie ich sie sehe, so wie ich sie in Theorie und Praxis erlebt habe und erlebe.

Im zweiten Teil meiner Vorlesung berichte ich, wie ich meine theoretischen und praktischen Erkenntnisse im laufenden Semester in meinem Seminar umzusetzen gedenke. Diesen zweiten Teil habe ich daher überschrieben mit **„Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie“**.

Um die Überlegungen und den Bericht anschaulich zu gestalten, habe ich ihn mit Folien¹ visualisiert.

Das gesamte Material für die Vorlesung, mit den wissenschaftlichen Anmerkungen, einer biografischen Nachbemerkung, Lebenslauf und Bibliografie stehen falls gewünscht als E-Mail-Datei, insbesondere auch für meine Studentinnen und Studenten², aber natürlich auch für weitere Interessenten³ zur Verfügung.

Kommen wir zum ersten Teil, zu den Überlegungen zur Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Politikberatung.

¹ Die mit einem Rahmen versehenen Textelemente dienen der Illustration. Sie werden im Seminar bzw. bei der Antrittsvorlesung in Folienform präsentiert.

² Ich verwende in der folgenden Darstellung jeweils an den Stellen geschlechtsneutrale Formulierungen, an denen eine geschlechtsbezogene Aussage zu Missverständnissen führen könnte. Im Übrigen gelten die Aussagen geschlechtsneutral, soweit nicht geschlechtsdifferenziert ausgewiesen

³ Es ist vorgesehen, den zweiten Teil des vorliegenden Textes bei einem erziehungswissenschaftlichen Seminar ehemaliger Doktoranden von Prof. Dr. Wolfgang Klafki am 4. – 6. Oktober 2002 in Winterberg zu präsentieren.

I.

Bedeutung der sozialwissenschaftlichen Politikberatung (SPB)

Erfolgreiche Politiker brauchen eine Intuition, ein Gefühl für die Themen, die Bürgerinnen und Bürger bewegen. Sie brauchen nicht notwendigerweise eine wissenschaftliche Ausbildung, aber Realitätssinn. Und selbst, wenn sie mit beidem gut ausgestattet sind, brauchen sie auch nüchternen Ratschlag „von außen“, eben sozialwissenschaftliche, fundierte Politikberatung.

Politikberatung ist heute nicht mehr fortzudenken, nicht auf Bundesebene, nicht auf Landesebene und zunehmend nicht einmal mehr auf der Ebene der Politik in großen Städten.

1. Woran mag der heute unübersehbare Stellenwert sozialwissenschaftlicher Beratung für praktische Politik liegen?

Ich entwickle, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und erst recht ohne Anspruch auf eine wissenschaftliche Reflexion des Theorie-Praxis-Verhältnisses in der Politologie zur Politik⁴, aus eher teilhabender Beobachtung heraus,⁵ Aspekte **einer Antwort in acht Feststellungen:**

⁴ Vgl. Peter Rölke, Sozialwissenschaft und soziale Praxis – Anmerkungen zu den Bedingungen für die soziale Brauchbarkeit sozialwissenschaftlichen Wissens. In: Lothar F. Neumann (Hrsg.), Sozialforschung und soziale Demokratie, Bonn 1979.

⁵ Diese Einschränkung macht deutlich, dass hier nur von Deutschland die Rede ist und keine internationalen Vergleiche angestellt werden sollen. Schon die Arbeiten von Samuel H. Barnes, „Comparative Research: State of the Art“ und Oskar Niedermayer, „Zur systematischen Analyse der Entwicklung von Parteiensystemen“ (beide in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt 1996) haben deutlich gemacht, wie differenziert selbst an die Analyse westeuropäischer parlamentarischer Demokratien herangegangen werden muss, um gegenstandsadäquat zu sein.

Acht Feststellungen zur Bedeutung sozialwissenschaftlicher Politikberatung (SPB)

- **1. Politik braucht Mehrheiten. SPB wird zur Mehrheits-suche gebraucht.**
- **2. Politiker/innen brauchen ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Verallgemeinerung ihrer persönlichen Erfahrungen. SPB dient als Wegweiser zu Mehrheitsmeinungen in der Wählerschaft.**
- **3. Politiker/innen können nicht hinlänglich erfahren, was Bürgerinnen und Bürger wirklich denken und wollen. Von SPB wird eine „objektive Berichterstattung“ über Stimmungen im Wählermarkt erwartet.**
- **4. Politik ist schwieriger geworden, komplexer. SPB testet Botschaften und Werbemittel im Vorwahlkampf.**
- **5. Das Wählerklientel ist kritischer geworden. SPB soll helfen, Distanzen zwischen Politik und Wahlvolk zu überwinden.**
- **6. „Nichtwahl“ ist ein bedeutsamer Faktor geworden. SPB hilft bei der Definition strategischer Zielgruppen.**
- **7. Verwechselbarkeit ist ein wachsendes Problem der Parteien. SPB wird für die jeweilige Profilstärkung gebraucht.**
- **8. Innerparteiliche Konflikte sind gelegentlich kaum lösbar. SPB dient auch als Entscheidungshilfe.**

Fazit:

Es gibt eine große Fülle von Gründen, die heutzutage sozialwissenschaftliche Politikberatung als notwendige unverzichtbare Hilfe strategischer Planung und als Operationalisierungsinstrument der Wahlkampfplanung erkennen lässt.

Erste Feststellung:

Politik braucht Mehrheiten. Die großen Volksparteien brauchen große Mehrheiten, tendenziell „absolute Mehrheiten“. Die kleinen Parteien müssen strategische Lücken zwischen den Volksparteien identifizieren, entsprechende Zielgruppen definieren, Erwartungen und Bedürfnisse anscheinend decken und so stark werden, dass sie zum Mitregieren von den großen Parteien gebraucht werden. Das Streben nach Mehrheiten, das Streben zum Regieren ist das Wesen der Politik in einer parlamentarischen Demokratie.⁶

Dies gilt, so weit in der Gegenwart der parlamentarisch-politischen Praxis der Bundesrepublik Deutschland zu sehen ist, uneingeschränkt für alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien.

Für die Volksparteien ist dies evident. „Bündnis ‘90/Die Grünen“ sind spätestens seit dieser, der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, von der „Protestpartei“ zur „Regierungspartei“ gewandelt. Die PDS hat in einigen ostdeutschen Bundesländern zuletzt auch in Berlin ihren „Willen zur Macht“ deutlich gemacht. Und zur FDP muss in diesem Zusammenhang nichts gesondert hinzugefügt werden. Es gilt im Prinzip auch für in Landtagen vertretene „Protestparteien“, wie dies zuletzt in Hamburg bei der sog. „Schill-Partei“ zu beobachten war und ist.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung wird zur Mehrheitssuche gebraucht.

⁶ Vgl. zur „Machtzuweisung und Machtkontrolle durch Wahlen“: Wilhelm Bürklin/Markus Klein, Wahlen und Wählerverhalten – Eine Einführung, Opladen 1998, S. 12. Franz Urban Pappi, „Zur Theorie des Parteienwettbewerbs“. In: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 85 ff.

Zweite Feststellung:

Wer Mehrheiten nicht nur anstreben, sondern auch erreichen will, kann sich nicht ausschließlich auf seine eigene Intuition, seinen eigenen „Bauch“ und seinen Realitätssinn, seinen „Kopf“ verlassen; kritischer formuliert: Politiker dürfen sich nicht allein auf sich verlassen. Denn in der Praxis wissen wir doch, dass die Neigung zur Verallgemeinerung eigener Erfahrungen bei allen Menschen ausgeprägt ist, also auch bei Politikern. Selbst **Politiker**, die „nahe am Menschen sind“, **brauchen ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Verallgemeinerung ihrer persönlichen Erfahrungen.**

Sozialwissenschaftlich gesagt: Unabhängig davon wie groß die Stichprobe auch ist, auf die ein Politiker sein Urteil gründet, er kann sich nicht der Repräsentativität „seiner Stichprobe“ sicher sein. Zweifel kommen auf, ob die „persönliche“ Stichprobe „repräsentativ“ für die Grundgesamtheit der zu erreichenden Wählerschaft ist oder „systematische Fehler“ hat.⁷

Diese Fehler können beispielsweise durch Überrepräsentation des eigenen Wähleranhangs in der persönlichen Stichprobe begründet sein oder beispielsweise durch die unvermeidliche Überrepräsentation von Multiplikatoren, gesellschaftlich Engagierten.

Oskar Lafontaine zum Beispiel kannte in seiner Zeit als Ministerpräsident rund ein Viertel „seiner“ Saarländer und behauptete stets selbstbewusst, er brauche daher keine Umfragen. Die Wahrheit ist, dass er realistisch genug war, auf Umfragen nicht zu verzichten, sei es um sich zu vergewissern, sei es zum Zwecke des Feinschliffs der Wirksamkeit eigener Argumente.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung dient als Wegweiser zu Mehrheitsmeinungen in der Wählerschaft.

⁷ Vgl. zur Stichprobentheorie: Schnell/Hill/Esser, Methoden der empirischen Sozialforschung, 6. Auflage, München 1999; Helmut Kromrey, Empirische Sozialforschung, 9. Auflage, Opladen 2000; Peter Atteslander, Methoden der empirischen Sozialforschung, 9. Auflage, Berlin 2000; Erwin K. Scheuch, Auswahlverfahren in der Sozialforschung. In: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 3, Stuttgart 1973.

Dritte Feststellung:

Selbst „bürgernahe Politiker“, also **Politiker/innen**, die sich um einen engen und häufigen persönlichen Kontakt zu möglichst vielen Wählerinnen und Wählern bemühen, **können sich nicht** sicher sein, ob sie bei ihren Begegnungen mit ihren potenziellen Wählern **hinlänglich erfahren, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich denken und wollen**. Denn die Bürgerinnen und Bürger, mit denen Politiker/innen Kontakt haben, haben typische Hemmschwellen bereits überschritten.

Hinzu kommt, dass es nach meiner Erfahrung nicht viele Politiker gibt, die das Prädikat „bürgernah“ verdienen, weil der Kommunikationsstil im Gegensatz zum Verkündigungsstil gelernt sein will. Und zur Wahrheit gehört auch die Feststellung, dass für den bürgernahen Kommunikationsstil am ehesten die Kommunalpolitik eine Plattform bietet oder bieten könnte, der kontinuierliche Bürgerdialog in einem Flächenland hingegen für Landespolitiker ungeheuer schwierig, für Bundespolitiker für das gesamte Land nahezu unmöglich ist.

Sozialwissenschaftlich gesagt: Die Politiker können nicht wissen, ob ihr Erhebungsinstrument „Bürgerdialog“, so wie sie ihn praktizieren und praktizieren können, hinlänglich valide ist, ob das Instrument annähernd das misst, was es messen sollte.

Dies ist wohl ein Grund, warum selbst allgemein als „bürgernah“ bezeichnete Politiker wie Ministerpräsident Kurt Beck oder etwa der frühere Ministerpräsident Johannes Rau zumindest in Zeiten der Wahlkampfplanung niemals auf sozialwissenschaftliche Politikberatung verzichten würden bzw. verzichtet haben.

Gleichwohl ist öffentlich behauptete Distanz zu Umfragen bei Spitzenpolitikern aller Parteien weit verbreitet. In der Regel wird behauptet, man "gebe" ja nichts auf Umfragen oder, falls Umfragen in öffentlicher Rede zitiert werden, wird dies eingekleidet in Formulierungen wie: „falls man den Umfragen trauen darf, dann ...“.⁸

Die Distanz gegenüber Zahlen, Statistiken und erst recht Demoskopie ist kein neuzeitliches Phänomen, sondern hat Geschichte.⁹

Diese Distanz hat auch einen rationalen Kern: Kritische Rhetorik gegenüber Umfragen wie sie zum Beispiel im Standardsatz münden: „Wir kämpfen nicht um Stimmungen, sondern um Stimmen!“, erlaubt auch Emanzipation gegenüber „schlechten Umfragen“.

⁸ Frank Brettschneider hat in seinem Aufsatz „Demoskopie im Wahlkampf – Leitstern oder Irrlicht?“ (S. 477) eine Fülle von Äußerungen über die „Demoskopie als Buhmann“ dokumentiert. In: Klein/Jagodzinski/Mochmann/Ohr, a.a.O.

⁹ So musste etwa Elisabeth Noelle-Neumann in einer aktuellen Neubearbeitung ihrer 1953 erschienenen Einleitung zur „Einführung in die Methoden der Demoskopie“ kaum etwas ändern, als sie sich neuerlich mit dem „Unbehagen gegenüber Zahlen“ zu beschäftigen hatte: „Dem Statistiker ist die allgemeine Neigung, sich von der Statistik grundsätzlich zu distanzieren und gleichzeitig von ihr für praktische Zwecke umfangreich Gebrauch zu machen, sehr vertraut.“ (Elisabeth Noelle-Neumann/Thomas Petersen, „Alle, nicht jeder – Einführung in die Methoden der Demoskopie“, München 1998, S. 44).

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

Führende Politiker und Politikerinnen konsumieren sozialwissenschaftliche Befunde, insbesondere demoskopische Daten kontinuierlich und eine stattliche Auswahl von ihnen ist mit ihrer Interpretation zumindest zu Halb-Profis¹⁰ geworden.

Was keineswegs heißt, dass sie sich verbiegen lassen wollten. Ehrgeizige Politiker haben ihren eigenen Kopf, lassen sich weder verbiegen noch verkaufen, sondern bestenfalls partiell beraten.¹¹

Von sozialwissenschaftlicher Politikberatung wird eine „objektive Berichterstattung“ über Stimmungen im Wählermarkt erwartet.

¹⁰ Wolfgang Clemens und Jörg Strübing warnen unter Berufung auf Kromrey freilich zu Recht vor „den Gefahren methodischer Halbbildung“. In: Clemens/Strübing (Hrsg.), Empirische Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis – Bedingungen und Formen angewandter Forschung in den Sozialwissenschaften, Opladen 2000, S.10.

¹¹ Marco Althaus, Political Consulting, S. 208. In: Althaus (Hrsg.), Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying., Münster 2001.

Vierte Feststellung:

Politik ist schwieriger geworden, komplexer. Wahlkampf bedeutet Zuspitzung, Vereinfachung, Übersetzung von Programmarbeit in Werbe- und Marketingkonzeptionen.¹²

Wirksame Werbung muss getestet und evaluiert werden. Die Zeiten, in denen ein Spitzenkandidat oder eine Spitzenkandidatin die Plakate zum Einsatz im Wahlkampf freigab sind vorbei. Er/Sie trifft seine/ihre Entscheidungen nach Vorlage von qualitativen¹³, gelegentlich auch quantitativen Pretests.¹⁴

Nichts ist gefährlicher im Wahlkampf, als die Entscheidung über Wahlplakate und Werbespots zum Gegenstand von Mehrheitsabstimmungen in den Partei- und Wahlkampfmedien zu machen. Zwar ist den Akteuren klar, dass sie die Wahlkampfmedien nicht aus ihrer eigenen Perspektive zu sehen haben, sondern aus der des nicht politisch hoch Gebildeten¹⁵, aber sie haben eher eine Vorstellung der zu erreichenden Zielgruppe, die sie aber nicht treffsicher antizipieren können.

¹² Vgl. Peter Grafe, Wahlkampf – Die Olympiade der Demokratie, Frankfurt 1994; Peter Radunski, Wahlkämpfe – Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation, München 1980; Werner Wolf, Der Wahlkampf - Theorie und Praxis, Köln 1980; ders. Aktualisiert, Wahlkampf und Demokratie, Köln 1985; Noelle-Neumann/Kepplinger/Donsbach, Kampa – Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, 2. Aufl., Freiburg 2000; Volker Hetterich, Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen, Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998, Opladen 2000; Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien – Ein Reader zum Wahljahr 1998, Wiesbaden 2000; und vor allem den aktuellen und umfassenden Reader zum Thema Wahlkampf: Marco Althaus (Hrsg.), Kampagne! – Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster 2001. Mit Spannung darf die angekündigte Herausgabe des Readers erwartet werden: Siedschlag/Bilgeri/Lamatsch (Hrsg.), Wahlkampf im Netz, Band 2 zu Kursbuch Internet und Politik, Opladen 2002. Die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn hat aktuell eine CD-ROM „Wahlanalyse und Wahlprognose 2002. Die Bundestagswahl im Unterricht“ herausgegeben (im Internet unter „www.bpb.de“ für 1,50 Euro zu bestellen). Die CD-ROM soll in meinem aktuellen Seminar in Gießen getestet werden.

¹³ „Qualitative Forschung dient dazu, ein besseres Verständnis dafür zu bekommen, was genau Wähler wirklich bewegt und warum sie bestimmte Meinungen haben. Das absolut notwendige Wissen, und diese Informationen können häufig nicht mit Hilfe eines 20-minütigen standardisierten Fragebogen erlangt werden...Fokusgruppen ergänzen die quantitative Forschung.“ Alexander Mauss, Filtern, Fragen und Beraten (S. 84). In: Althaus, a.a.O.

¹⁴ In der Literatur wird über das Verhältnis zwischen qualitativer und quantitativer Sozialforschung stetig diskutiert. Aus der Praxis heraus ist Siegfried Lamnek (Sozialforschung in Theorie und Praxis. Zum Verhältnis von qualitativer und quantitativer Forschung. In: Clemens/Strübing, a.a.O., S. 23 ff.) zuzustimmen, wenn er dafür plädiert, die geeignete Untersuchungsmethode nicht abstrakt, sondern gegenstandsorientiert in gegenseitigem Respekt zu wählen.

¹⁵ Harry Walter, der legendäre Chef der Werbeagentur ARE, die einst für Willy Brandt die Kampagnen werblich begleitete, prägte für diese Zielgruppe den Ausdruck: „Die Oma mit der Plastiktüte.“

Aus diesem Grund wurden zum Beispiel im – für die Mehrheitspartei sehr erfolgreichen - Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz im Jahre 2001¹⁶ die meisten Werbemittel in so genannten „Fokusgruppen“¹⁷ getestet.¹⁸

Zumindest in Bundestagswahlkämpfen, in denen umfassendere Ressourcen zur Verfügung stehen, werden Slogans und Themensetzungen für den Wahlkampf auch quantitativ getestet. Das gilt vor allem für die Bundestagswahl 1998¹⁹, die wahlgeschichtlich in Deutschland zum ersten Regierungswechsel in neuer Konstellation ohne Koalitionswechsel führte.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung testet Botschaften und Werbemittel im Vorwahlkampf.

¹⁶ Unter der Ägide des Spitzenkandidaten Ministerpräsident Kurt Beck und SPD-Geschäftsführer Roger Lewentz unter Beratung eines auf diese Verfahren spezialisierten externen Beraters.

¹⁷ Vgl. zur Wirkungsweise dieses qualitativen Verfahrens im Einzelnen: Peter Loos/Burkhard Schäffer, Das Gruppendiskussionsverfahren, Opladen 2001.

¹⁸ Die Ergebnisse der Tests waren ebenso überraschend wie überzeugend, sodass die Auswahl der Werbemittel sich nach den Testergebnissen weit gehend richtete.

¹⁹ Christina Holtz-Bacha analysiert die Kampagne als eine sehr moderne und professionelle (a.a.O., S. 11) und setzt sich kritisch mit der weit verbreiteten These von der damit eingesetzten Amerikanisierung des Wahlkampfes auseinander, indem sie auf die Entwicklung der Bundestagswahlkämpfe in Deutschland seit 1957 hinweist (S. 14 f.) und kommt zu dem Schluss (S. 19): „Gerade die Wissenschaft hat es daher schon lange vorgezogen, statt von einer Amerikanisierung von einer Modernisierung von Wahlkämpfen in den westlichen Demokratien zu sprechen.“

Fünfte Feststellung:

Das Wählerklientel ist kritischer geworden, Stichwort "Parteienverdruss".

In einer aktuellen, deutschlandweiten Umfrage²⁰ erklären sich zum Beispiel nur 27 Prozent der Befragten „zufrieden“ mit der Bundesregierung, aber auch nur 31 Prozent zeigen sich „zufrieden“ mit der CDU/CSU-Opposition.²¹

Sozialwissenschaftliche Politikberatung soll helfen, Distanzen zwischen Politik und Wahlvolk zu überwinden.

²⁰ Infratest/dimap, DeutschlandTREND, Berlin März 2002.

²¹ A.a.O., S. 5 und S. 7.

Sechste Feststellung:

Im Zuge von Politikverdrossenheit²² ist die „**Nichtwahl**“ ein **bedeutsamer Faktor** geworden.²³

Moderne Wahlkampfmanager sprechen der „Mobilisierung des eigenen Klientels“ zumindest den gleichen Stellenwert zu wie dem Kampf um die „Randwähler“, also die von konkurrierenden Parteien nur schwach gebundenen Wähler.²⁴

Beide Zielgruppen, also potenzielle Nichtwähler des eigenen Klientels und die Randwähler der Konkurrenz, sollten sozialwissenschaftlich identifiziert werden, um entsprechende Mobilisierungsstrategien entwerfen und umsetzen zu können.²⁵

Sozialwissenschaftliche Politikberatung hilft bei der Definition strategisch zu wählender Zielgruppen.

²² Vgl. Dieter Walz/Wolfram Brunner, Das politische Institutionenvertrauen in den 90er-Jahren. In: Falter/Gabriel/Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000.

²³ Vgl. Starzacher/Schacht/Friedrich/Leif (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer – Krise der Demokratie*, Köln 1992.

²⁴ Vgl. Radunski, a.a.O., *Die Mobilisierung als Aufgabe der Parteien im Wahlkampf*, S. 123 ff.

²⁵ Vgl. Wolf, a.a.O. (1985), *Die Bestimmung der Wählerpotenziale*, S. 95 ff.; Mauss, a.a.O., S. 95. Heiko Gothe und Rita Müller-Hilmer haben für die Analyse der Wählerbindung ein Instrument vorgestellt, den Tri*M-Index (vgl. „Messen und Managen. In: Althaus, a.a.O., S. 97 ff.).

Siebte Feststellung:

Zumindest für die Volksparteien, die sich als Parteien „der Mitte“²⁶ verstehen, was immer das genau auch sein mag, gilt, dass der „Kampf um die Mitte“ zur **Profilschwächung** und auch zur Verwechselbarkeit führt, wie es in den USA seit Jahrzehnten und in Deutschland etwa seit der Nach-Brandt-Ära zu beobachten ist. Die beiden Volksparteien haben programmatisch eine große gemeinsame Schnittmenge, die in Wahlkampfzeiten künstlich rhetorisch verkleinert wird.²⁷ Die Folge ist, dass sich Regierungs- und Oppositions-Argumente unabhängig vom programmatischen Hintergrund der jeweiligen Partei je nach Rolle ins Gegenteil wenden.

Dies ist im gegenwärtig beginnenden Bundestagswahlkampf 2002 exemplarisch beim Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ zu beobachten, in dem Herausforderer Edmund Stoiber²⁸ argumentativ auftritt wie vor vier Jahren der damalige Herausforderer Gerhard Schröder, der seinerseits wiederum heute so argumentiert wie seinerzeit sein Vorgänger Helmut Kohl.

In diesem Rollenspiel ist ein Grund von einer Anzahl von Gründen für das strukturelle Glaubwürdigkeitsproblem bundesdeutscher Politik zu finden, weil die Wählerinnen und Wähler die Differenz zwischen Versprechungen und Realität erfahren.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung wird insoweit für die Profilstärkung gebraucht.

Sie kann aber auch zur Profilschwächung dann führen, wenn der Eindruck entsteht, Politiker hingen am Zügel ihrer Berater²⁹ und würden nur wahltechnisch argumentieren und agieren. Versprechungen werden unglaubwürdig, weil nachfolgendes entsprechendes Handeln in Abrede gestellt wird.

²⁶ So titelte der "Focus" (Nr. 9 v. 25.2.2002, S. 21 f.) eine Wahlkampf-Betrachtung zum "Mitte-Maß" mit der Aussage: "Alle Parteien drängen ins Zentrum, um bloß keine Wähler zu verschrecken. Im Streit um Etiketten und Symbole verschwimmt das politische Profil." Und im Artikel selbst heißt es dazu: "Alles Mitte oder was? Wie in ein Kuschelparadies zieht es seit Monaten alle Parteien zum Magischen Kern. Die Abkehr vom alten Rechts-Links-Schema hat längst eine neue Ideologie hervorgebracht: den Kampf um die politische Mitte."

²⁷ Vgl. Peter Grafe: „Traditionelle Muster verschwimmen“ (Wahlkampf, Frankfurt 1994; S. 22 ff.).

²⁸ „Focus“ (Nr. 9 v. 25.2.2002, S. 21 f.) zitiert Ennid-Chef Klaus-Peter Schöppner, der auch zu Gast bei dem Gießener Wahlsymposium 2000 im Rahmen des Seminars des Instituts für politische Wissenschaften war: "Stoiber lebte von bestimmten pointierten Positionen. Wenn er jetzt mit Wischiwaschi kommt, gefährdet das sein Renommee als starker Politiker."

²⁹ Diesen Eindruck kolportiert etwa der SPIEGEL (Nr. 8 v. 18.2.02, S.71) nach den ersten bundespolitischen Schritten des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber: „Der Mann... kommt... plötzlich als Zauderer daher. Statt sich auf seinen Instinkt zu verlassen, sichert er sich mit einem Tross von Beratern, Mahnern und Apparatschicks ab, um ja keinen Fehler zu begehen.“

Achte Feststellung:

Gelegentlich ist es schwierig, innerparteiliche Konflikte zu lösen. Sach- oder Personalfragen drohen Parteien in „Lager“ zu spalten. Eine Mehrheitsabstimmung riskiert die anschließende Aktionseinheit und Kampagnefähigkeit der Partei einzuschränken. Daher sucht die Partei einen von aussen kommenden „objektiven“ Befund, um den Sach- oder Personalkonflikt zu lösen. **Sozialwissenschaftliche Politikberatung dient auch als Entscheidungshilfe/-orientierung für die Entscheider.**

Dies war bei der Konkurrenz Stoiber/Merkel um die so genannte „K-Frage“ für jedermann evident. Es sollte der/die Kandidat/Kandidatin werden, wer gegenüber dem Amtsinhaber am aussichtsreichsten erschien. In den Medien wurde kolportiert, dass die CDU-Chefin Angela Merkel CSU-Chef Edmund Stoiber vorschlug, nachdem sie eine Serie entsprechender demoskopischer Befunde, schließlich auch aus dem Hause Allensbach, verinnerlicht hatte, die ihr eine stärkere Ambition zur Kanzlerkandidatur nicht nahe legten.

Fazit

Mit den **acht Feststellungen** ist eines wohl deutlich geworden:

Es gibt eine große Fülle von Gründen, die heutzutage sozialwissenschaftliche Politikberatung als notwendige unverzichtbare Hilfe strategischer Planung und als Operationalisierungsinstrument der Wahlkampfplanung erkennen lässt.

Dabei ist nicht darauf abgehoben, dass mit angeblichen Erkenntnissen aus Umfragen auch faktisch versucht wird Politik zu machen.

**Was ist sozialwissenschaftliche
Politikberatung in der
politischen Praxis?**

**Sozialwissenschaftliche
Politikberatung
ist zunächst einmal
datengestützte Analyse
und Verdichtung
als praxisorientierte
Grundlagendarstellung
und damit ggf. auch
Entscheidungshilfe.**

Die vorgetragene Analyse führt unweigerlich zu der Frage:

2. Was ist sozialwissenschaftliche Politikberatung in der politischen Praxis?

Sozialwissenschaftliche Politikberatung ist der Versuch der Klärung von Sachverhalten, der Verifizierung oder Falsifizierung von Hypothesen und, wenn sie glaubwürdig sein will, der Versuch einer „objektiven“ Klärung.³⁰

Sozialwissenschaftliche Politikberatung ist in der Praxis allerdings äußerst heterogen.³¹ Es ist an wissenschaftliche Studien zur Klärung schwieriger Sachverhalte zu denken, an Gesetzesfolgenabschätzungen, an entwickelte Szenarien, an erstellte Zukunftsdesigns und neuerdings verstärkt an „Evaluationen“³². Es gibt qualitative und quantitative Studien, Primär- und Sekundäranalysen, es werden amtliche Statistiken ausgewertet oder auch Umfragen angelegt. Ein gutes, aktuelles Beispiel für sozialwissenschaftliche Politikberatung ist die internationale Studie PISA 2000, die diesen Anspruch auch explizit erhebt.³³

Sozialwissenschaftliche Politikberatung ist mehr als Demoskopie, wenngleich die Demoskopie sehr wohl insbesondere für strategische Politikberatung und Wahlkampfberatung einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung ist zunächst einmal datengestützte Analyse und Verdichtung als praxisorientierte Grundlagendarstellung und damit ggf. auch Entscheidungshilfe.

³⁰ Es wird hier auf erkenntnistheoretische Betrachtungen zur Wertfreiheit der Wissenschaft verzichtet. (Vgl. z.B. Jürgen Ritsert, Erkenntnistheorie – Soziologie und Empirie, Frankfurt 1971).

³¹ Eine Internetrecherche unter dem Stichwort „Politikberatung“ im Archiv der „Deutschen Bibliothek“ führte zu 181 Treffern. Dabei wird der User zumeist auf fachliche Beratung verwiesen, häufig mit wirtschaftspolitischem Hintergrund.

³² Ekkehard Nuissl und Erhard Schlutz (Hrsg.) haben in ihrer Einleitung (Systemevaluation und Politikberatung, Bielefeld 2001) Chancen und Risiken der Politikberatung durch Evaluationen lesenswert beschrieben. (Vgl. aber auch weitere aktuelle Evaluations-Reflexionen im Bildungsbereich: Klaus Jürgen Tillmann/Witlof Vollstädt (Hrsg.), Politikberatung durch Bildungsforschung – Das Beispiel: Schulentwicklung in Hamburg, Opladen 2001).

³³ Sie widmet ihr 8.Kapitel den Hinweisen zur Politikgestaltung (vgl. OECD, Lernen für das Leben, Paris 2001, S. 218 ff.).

3. Was ist der Kern strategischer Politikberatung?

Es wäre ein großer Fehler, **sozialwissenschaftliche Politikberatung mit Demoskopie** zu verwechseln. Demoskopische Daten sind nur ein Element des Sozialwissenschaftlern zur Verfügung stehenden Datensatzes. Auch wahlkampf-bezogene Strategieberatung stützt sich nicht allein auf demoskopische Daten.

Jede Strategieberatung wird ihren Ausgangspunkt in einer historisch angelegten IST-Analyse der Wahlchancen der zu beratenden Partei nehmen. Die Datengrundlage dafür liefert die amtliche Wahlstatistik. Mittels ökologischer Analysen kann herausgefunden werden, wo die regionalen Stärken (Hochburgen) und Schwächen (Diaspora) der zu beratenden Partei liegen. Unter Verwendung sozio-demografischer Daten können die wahlsoziologischen Zusammenhänge u.a. zur Bevölkerungsstruktur nach Berufszugehörigkeit, Bildungsgrad und Konfession erschlossen werden. Wobei die historische Abschwächung der Bedeutung der sozio-demografischen Merkmale für den Wahlerfolg³⁴ ein Grund für das wachsende Übergewicht individueller Daten (Demoskopie) gegenüber Aggregatdaten ist.

³⁴ Dieser Befund zieht sich durch die gesamte Literatur der empirischen Wahlforschung. (Vgl. z.B. Günther Schaub: „Parteipräferenzen nach soziodemografischen Merkmalen“. In: Günther Schaub, Politische Meinungsbildung in Deutschland – Wandel und Kontinuität der öffentlichen Meinung in Ost und West, Bonn 1998, S. 34 ff.).

4. Wo liegen Grenzen der Umfrageforschung als Datenquelle der sozialwissenschaftlichen Politikberatung?

Eine besonders ergiebige **Datenquelle für Aggregatdatenanalysen** ist die „amtliche“³⁵ **Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht**“, weil sie tatsächlich abgegebene Stimmzettel in einer ungewöhnlich großen Stichprobe zu Grunde legt. Da das Instrument seit 1953 in Deutschland existiert³⁶, mit Vorläufern sogar in der Weimarer Republik³⁷, ist die sog. „Repräsentative Wahlstatistik“ auch für historische Längsschnitt-Analysen sehr tauglich.³⁸

Aus diesem Grunde war der Einsatz der gesamten Wahlforscherschaft zunächst für den Erhalt des Instruments³⁹ und dann das letztendlich erfolgreiche Engagement um dessen qualitative Weiterentwicklung durch die Einbeziehung der Briefwahl⁴⁰ so bedeutend.

³⁵ Für alle Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland ist die Statistik beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden in einer eigenen Datenbank dokumentiert. Für die Landtagswahlen gibt es bei den Statistischen Landesämtern entsprechende Datenbanken, die in der Regel auch per Internet aufgesucht werden können, so z.B. für die jüngste Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg.

³⁶ Vgl. J.H.-G., Die jungen Wähler, 1984. In der gesamten Literatur der Wahlforschung wird diesem Instrument mindestens ein Kapitel gewidmet (vgl. z.B. Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland – Bundestags- und Landtagswahlen 1946 – 1987, München 1987).

³⁷ Vgl., J.H.-G., Emanzipation mit dem Stimmzettel; vertiefend in: Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986.

³⁸ Die Repräsentative Wahlstatistik wird auch bei Kommunalwahlen in großen Städten eingesetzt. (Vgl. z.B. Wolfgang Bick (Hrsg.), Arbeitshefte des Ausschusses für Wahlforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker; Ulrich Eith, Die Repräsentative Wahlstatistik in Freiburg im Breisgau, Freiburg 1989).

³⁹ Vgl. den vom Autor initiierten Aufruf zur Erhaltung und Weiterentwicklung der amtlichen Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen schildert zutreffend die Genese des neuen Wahlstatistik-Gesetzes vom 21. Mai 1999 (In: Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute; im Internet unter: www.bonn.iz-soz.de/extern/asi/wahlstatistik.htm).

⁴⁰ Der Autor hatte dem Gesetzgeber, unterstützt von der gesamten Branche der Wahlforschung, darunter auch der Präsident des Statistischen Bundesamtes, dazu Folgendes vorgetragen: „Briefwähler waren bislang in der Sonderauszählung nicht erfasst. Angesichts wachsender Briefwahl-Quoten liegt darin eine Verzerrung der Repräsentativ-Stichprobe. Es sollte geprüft werden, ob und wie Briefwähler in die amtliche Statistik einbezogen werden können. So das Votum der Wahlforscher und des Bundesgesetzgebers. Die Briefwahlquoten sind laut Statistischem Bundesamt bei der Bundestagswahl 1994 von 13,4 % nun 1998 auf 15,5 % angestiegen. Ein Ende ist nicht in Sicht. Das Instrument der amtlichen Sonderauszählung könnte durch die Einbeziehung der Briefwahl erheblich verfeinert werden. Dies umso mehr als sich Brief- und Urnenwähler signifikant unterscheiden. Die SPD hatte z.B. bei der letzten Europawahl deutliche, bei der Bundestagswahl krasse Defizite bei den Briefwählern. Die CDU/CSU, FDP und Grüne haben positive Briefwahlbilanzen. Die Einbeziehung der Briefwähler würde somit eine notwendige Verbesserung des Instruments der Repräsentativen Wahlstatistik leisten. Darüber besteht Konsens zwischen allen Beteiligten.“ Der Einsatz für die Einbeziehung der Briefwahl hatte schließlich Erfolg, nachdem kürzlich Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben (vgl. Erstes Gesetz zur Änderung des Wahlstatistikgesetzes vom 17. Januar 2002, in: Bundesgesetzblatt vom 24. Januar 2002).

**Ein Beispiel für die notwendige Einbeziehung der
Briefwahl in die Repräsentative Wahlstatistik**

Urnenwähler/innen und Briefwähler/innen im Vergleich

Bundestagswahl 1994

	Urnenwähler/innen	Briefwähler/innen
SPD	<u>37,2</u>	<u>30,9</u>
CDU/CSU	41,2	44,1
Grüne	<u>6,9</u>	<u>9,5</u>
FDP	<u>6,6</u>	<u>9,1</u>
PDS	4,5	3,9
Sonstige	3,6	3,5

Bundestagswahl 1998

	Urnenwähler/innen	Briefwähler/innen
SPD	<u>41,8</u>	<u>36,5</u>
CDU/CSU	34,6	38,1
GRÜNE	6,4	8,2
FDP	5,9	8,1
PDS	5,3	3,9
Sonstige	6,0	5,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; (vgl. J.H.-G., „Der Jugend eine Zukunft“)

Die SPD hat (wie schon bei den Europawahlen) bei der Bundestagswahl krasse Defizite bei den Briefwählern/innen. Die CDU/CSU, FDP und Grüne haben positive Briefwahlbilanzen.

Sicherlich können **Aggregatdatenanalysen** stets nur aufklären, wie sich die Wählerinnen und Wähler verhalten⁴¹, nicht aber warum sie es so tun.⁴² In der Fachliteratur der empirischen Sozialforschung wird treffend vor dem „ökologischen Fehlschluss“ gewarnt, also der unzulässigen Verknüpfung der Zusammenhänge im Aggregat mit denen der Individuen.⁴³ Das ist auch der entscheidende Grund dafür, warum individuell erhobene Daten, also Umfragedaten, immer bedeutsamer wurden.⁴⁴

Gleichwohl trete ich methodisch nachdrücklich dafür ein, Umfragedaten nur dort hilfsweise zur Analyse heranzuziehen, wo amtliche Daten nicht zur Verfügung stehen.

⁴¹ Vgl. „Das entscheidende Problem: Die geheime Wahl und das Problem der Aggregation“. In: Rene` König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 12 – Wahlverhalten – Vorurteile – Kriminalität, Stuttgart 1978, S.7 ff.

⁴² „So kann die Aggregatdatenanalyse zwar selbst keine Kausalitäten aufzeigen, sie kann aber genutzt werden, um Hypothesen über Kausalbeziehungen zu formulieren und sie kann ihrerseits Hypothesen zumindest stützen, wenn auch nicht verifizieren.“ Kaltefleiter/Nißen, Empirische Wahlforschung, Paderborn 1980; S.98.

⁴³ Vgl. z.B. Schnell/Hill/Esser, a.a.O., S. 239 f.

⁴⁴ „Die mit den Aggregatdaten verbundenen Probleme haben aber in der Praxis der Wahlforschung dazu geführt, dass seit langer Zeit der Analyse von Individualdaten, die meistens durch Repräsentativbefragungen gewonnen werden, der Vorzug gegeben wird.“ (Kaltefleiter/Nißen, a.a.O., S. 100).

Schon in den 80er-Jahren wurde verdeutlicht,⁴⁵ dass etwa bei der Analyse des Jungwählerverhaltens selbst die fundiertesten Umfragedaten der Wahlforschung, die Daten der „Exit Polls“⁴⁶ (sog. Wahl-Nachfrageerhebungen)⁴⁷, in diesem Fall für INFAS bei Landtagswahlen in den 70er-Jahren bis zu sieben Prozentpunkte neben der amtlichen Realität lagen.

Und dies ist zwischenzeitlich keineswegs besser geworden, wie der Vergleich zwischen der „Repräsentativen Wahlstatistik“ und den „Exit Polls“ von „Infratest“ für die ARD und der „Forschungsgruppe Wahlen“ für das ZDF bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im Jahre 2001 zeigt.⁴⁸ Hier lagen die beiden Institute gelegentlich selbst in den Tendenzaussagen diametral entgegengesetzt. Es gab Abweichungen von sieben bis acht Prozentpunkten.

Dies ist auch nicht wirklich überraschend, wenn man die für Umfragen durchaus sehr großen Stichproben der „Exit Polls“ auf die Teilgruppe der Jungwähler/innen herunterrechnet und diese dann auch noch nach Geschlecht unterteilt⁴⁹, so handelt es sich um Untergruppen mit absolut über nur geringfügig mehr als 100 Fällen.

⁴⁵ Vgl. J.H.-G., Die jungen Wähler, S. 24 f.

⁴⁶ Vgl. Noelle-Neumann, a.a.O., S. 297; Roth, a.a.O., S. 81 ff.

⁴⁷ Exit Polls haben den entscheidenden Vorteil gegenüber den üblichen Zufallsumfragen, dass sie von der Methode her nur tatsächliche Wähler/innen befragen, die gerade das Wahllokal verlassen. Damit vermeiden sie die Stichprobenverzerrungen, die sonst durch die Nichtwähler/innen eintreten, so viel Mühe die Forscher sich auch geben wollen, diesen Faktor durch Gewichtungen zu nivellieren (vgl. Thorsten Faas/Sandra Wagner/Barbara Evers, Mit Sicherheit zum Erfolg? Sicherheit der Wahlbeteiligung und Sicherheit der Wahlabsicht als Möglichkeit zur Qualifizierung der Wahlabsichten bei Wahlprognosen; in: Falter/Gabriel/ Rattinger, a.a.O., S. 673 ff.). Gleichwohl haben auch Exit Polls das methodische Problem, dass sie nur Urnenwähler und eben nicht die Briefwähler erreichen können. Das Wahlverhalten von Brief- und Urnenwähler unterscheidet sich bei einigen Parteien aber in nennenswerter Größenordnung. Deren Gesetzmäßigkeiten sind aus früheren Wahlen bekannt und fließen in entsprechende Gewichtungsmodele ein. Problematisch wird dies, wenn – wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2001 – neue Parteien auftreten, in diesem Fall die sog. „Schill-Partei“, bei denen die typischen Differenzen zwischen Brief- und Urnenwählern noch nicht bekannt sein können. Gravierend für die Prognosequalität der Exit Polls wird dies erst Recht in Stadtstaaten, in denen traditionell sehr hohe Briefwahlquoten zu verzeichnen sind. Auf diese nachvollziehbaren Zusammenhänge verwies Prof. Dr. Dieter Roth für die „Forschungsgruppe Wahlen“ im „Gesprächskreis Sozialwissenschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

⁴⁸ Vgl. J.H.-G., Der Jugend eine Zukunft, Kap. LTWn 2001

⁴⁹ „Denn selbst, wenn Infratest/dimap 4.343 und die Forschungsgruppe Wahlen 5.728 Wählerinnen und Wähler befragt, so sind das für die kleine Gruppe der Jungwählerinnen mit einem statistischen Anteil von rund 2,5 Prozent der Befragten eben nur noch absolut ca. 108 Einzelpersonen bei Infratest und 143 Einzelpersonen bei der Forschungsgruppe Wahlen. Da können schon kleine Stichprobenfehler und die üblichen Schwankungen in jeder Stichprobe große Wirkung haben.

Deshalb ist eben die Repräsentative Wahlstatistik mit ca. 90.000 (d.h. ca. 2.250 Jungwählerinnen!) ausgewerteten, tatsächlich abgegebenen Stimmzetteln so unersetzbar, wenn sie auch nicht in der Wahlnacht, sondern erst einige Tage oder Wochen später fertig gestellt ist.“ J.H.-G., Der Jugend eine Zukunft, Kap. LTWn 2001.

Ein Beispiel: Umfragen verwirrend

Die „Exit-Polls“ sind für Analysen nach Alter und Geschlecht nicht hinreichend zuverlässig geeignet. Dies belegt ein Vergleich der Umfragedaten, die „Infratest/dimap“ für die ARD und die „Forschungsgruppe Wahlen“ für das ZDF geliefert haben mit den vorliegenden amtlichen Daten.

Landtagswahl in Baden-Württemberg 2001 Die Jungwähler/innen (18-24-jährige) im Vergleich Umfrageinstitute versus amtliche Statistik (alle Angaben in Prozent)

CDU		ZDF		Amt		SPD		ZDF		Amt	
m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
45	35	35	44	39,9	37,5	20	33	28	29	27,7	33,8

Eigene Zusammenstellung: J.H.-G., „Der Jugend eine Zukunft“
m.= Männer 18-24 Jahre; w.= Frauen 18-24 Jahre

Quellen:

ARD = Infratest/dimap Wahlreport BW 2001, S. 25

ZDF = Forschungsgruppe Wahlen, Bericht Nr. 103, 2001; S. 16

Amt = Repräsentative Wahlstatistik zur LTW BW 2001, Statistisches Landesamt, S. 12 f.

Bei den Jungwählern/innen der CDU herrscht zwischen den Instituten totale Verwirrung: Beide sehen sie Unterschiede zwischen den Geschlechtern um die 10 Prozentpunkte, nur genau umgekehrt. Bei der ARD sind die Männer 10 Punkte vor den Frauen, beim ZDF sind die Frauen 9 Punkte vor den Männern. Die amtlichen Daten liegen in der Mitte: Es gibt nur minimale Unterschiede (2,4 Punkte). Das bedeutet: **Das ZDF lag mit 6,5 Punkten bei den CDU-Jungwählerinnen neben der amtlichen Realität.**

Auch bei den SPD-Jungwählern/innen verwirrten die Institute mehr als sie aufklärten. **Wollte die ARD der SPD bei den männlichen Jungwählern nur 20 Punkte zubilligen (ein Fehler von 7,7 Punkten!), lag hier das ZDF mit 28 Prozent richtig, dafür aber bei den Jungwählerinnen fast 5 Punkte zu tief.**

Aus alledem folgt keine Generalkritik an der umfragegestützten Wahlforschung und nicht an der wissenschaftlichen Reputation der genannten Institute. Für deren Seriosität spricht, dass sie die Verzerrungen nicht durch mit der amtlichen Statistik unvergleichbare Altersgruppen verschleiern.⁵⁰

Diese Befunde führen lediglich zu einer gewissen Distanz gegenüber vorschnellen Medienpräsentationen vermeintlicher Erkenntnisse in der Wahnacht.

Und es führt zu der Erkenntnis, dass amtliche Aggregatdaten Grenzen der Interpretationsfähigkeit, Umfragedaten notwendigerweise Grenzen der Genauigkeit haben. Eine wissenschaftliche Wahlforschung ist insoweit gut beraten, sich methodisch nicht auf eine Datenquelle einseitig zu reduzieren. Im Ergebnis gibt es also gute methodische Gründe für **Mehrebenenanalysen**⁵¹, die Aggregatdaten und individuelle Daten zusammenführen.⁵²

Die PISA-Studie 2000⁵³ ist dafür ein gutes Beispiel. In ihr werden amtliche Bildungsstatistiken zur analytischen Darstellung des IST-Zustandes herangeführt und mit individuell erhobenen Daten interpretativ verknüpft.

⁵⁰ Darauf hat der Chef der Forschungsgruppe Wahlen, Prof. Dr. Dieter Roth, mit Recht in einer ersten spontanen Reaktion auf J.H.-G. (Der Jugend eine Zukunft) aufmerksam gemacht.

⁵¹ Vgl. Kromrey, a.a.O., S.503; Schnell/Hill/Esser, a.a.O., 424. In der theoretischen Literatur der Wahlforschung, insbesondere wenn sie aus Sicht der Meinungsforschung verfasst ist, werden in der Regel die Probleme der Aggregatdatenanalysen umfassend beschrieben und Individualdatenanalysen als höhere Stufe der Erkenntnisfindung dargestellt (so z.B. Dieter Roth, a.a.O., Von der Aggregat- zur Individualdatenanalyse, S. 18 ff.). Eine erfreuliche Ausnahme bilden hier Bürklin/Klein (Wahlen und Wählerverhalten, Opladen 1998), die auch die Vorteile der Aggregatdatenanalyse gegenüber Individualdaten abwägen und zusammenfassend auf das Plädoyer für die „Mehrebenenanalyse“ abheben, „die es ermöglicht, Kontext- und Individualeffekte gleichzeitig zu berücksichtigen und zu einer Theorie politischen Verhaltens zusammenzufassen“ (S.40).

⁵² Der Autor hat dies mit „Emanzipation mit dem Stimmzettel“ und mit „Der Jugend eine Zukunft“ versucht.

⁵³ Vgl. OECD (Hrsg.), Lernen für das Leben – Erste Ergebnisse von PISA 2000, Paris 2001; Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001.

5. Führt sozialwissenschaftliche Politikberatung zu einer am „main stream“ opportunistisch angepassten Politik?

Gegenüber Politikern als Rezipienten bzw. Auftraggeber sozialwissenschaftlicher Beratung wird gelegentlich der **Opportunismusvorwurf** erhoben. Sie rezipierten sozialwissenschaftliche Befunde, insbesondere Umfragen nur, um ihre Politik stromlinienförmig in den „main stream“ einpassen zu können, wird gelegentlich in den Parteien vermerkt. Und wegen dieses weit verbreiteten Vorwurfes bekennen sich Spitzenpolitiker in aller Regel nicht zu ihrer Passion für derartige Daten.⁵⁴

Zu dem Vorwurf ist zweierlei fest zu halten:

Die Kritik gilt zunächst einmal ausschließlich dem Rezipienten und nicht den Dienstleistern, den Beratern.

Und auch für die so Kritisierten ist der Vorwurf pauschal erhoben nicht zutreffend.

Für die einen dienen nämlich die Befunde als „Seekarte“, um „Untiefen“ zu erkennen, bei klarer Absicht den Kurs zu halten.

Für die anderen aber – und an diese Gruppe denken die Kritiker -, die eigene politische Überzeugungen zu Gunsten demoskopischer Befunde über Bord werfen, gilt, dass sie über kurz oder lang Schiffbruch erleiden werden. Denn darin liegt ein Grundproblem des Anforderungsprofils an Spitzenpolitiker. Von ihnen wird nämlich von der Bevölkerung verlangt, dass sie nicht nur das ausdrücken, was die Mehrheit selbst weiß, sondern „**Zukunftskompetenz**“ beweisen. Die Frage nach der Zukunftskompetenz in Vorwahlstudien bringt aus diesem Grunde auch regelmäßig die besten Orientierungen über die tatsächlichen Wahlchancen einer Partei, eine bessere Orientierung als die Ergebnisse der sog. „Sonntagsfrage“⁵⁵.

Von professionellen Politikern als Dienstleister wird erwartet, dass sie besser als „der Mann auf der Straße“ wissen, was für die Gesellschaft auf längere Sicht „gut“ ist. So können Politiker auch sehr erfolgreich sein, wenn sie sich eben nicht vom „main stream“ verleiten lassen, sondern „Kurs halten“ mit Perspektive und ggf. Visionen.

⁵⁴ So erklärte z.B. Joschka Fischer bei einem Bürgerforum mit überwiegend jungen Leuten auf die Frage, weshalb er statt Umfragen seinem Instinkt traue: "Man hat viele Erinnerungen, das ist das Gute, wenn man ein altes Schlachtross ist". Nun ist bekannt, dass auch Fischer Umfragen sehr sorgfältig studiert, sodass auch jungen Leuten die Widersprüchlichkeiten, die sie als "Politiker-Tricks" verbuchten, auffielen: "Einmal ist er gegen Umfragen, dann argumentiert er mit Statistiken." (Mainzer Allgemeine Zeitung vom 27.2.2002).

⁵⁵ Vgl. Atteslander, a.a.O., S. 166 ff.

Alt-Kanzler Helmut Kohl steht für ein treffendes Beispiel, man denke dabei z.B. an seine Europapolitik. Oder man denke an Alt-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt, die gelegentlich auch Mehrheitsmeinungen bewusst widerstanden haben, man denke an die Stimmungslage zu Beginn der Ostpolitik und an den NATO-Doppelbeschluss. Aber auch die Genannten brauchten die sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse, um Widerstände zu verorten, um sich im Ergebnis erfolgreich durchsetzen zu können.

Von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen ist hier die Rede, nicht von einer qualitativ ungeprüften „Schnell-Umfrage“ für ein Medium.⁵⁶

Ein professioneller Politiker oder eine professionelle Politikerin wird sich demnach an sozialwissenschaftlicher Politikberatung nur orientieren, aber eben darauf bedacht sein, Zukunftsvisionen oder zumindest programmatische Vorstellungen für sich persönlich identisch zu entwickeln und für deren Durchsetzung Mehrheiten zu gewinnen.

⁵⁶ Es ist ein Verdienst von Elisabeth Noelle-Neumann, dass sie in ihrem Buch (Alle, nicht jeder) auch ihre Enttäuschung über mangelnden methodischen Diskurs in der Branche der Demoskopien nicht verschweigt und unseriöse Entwicklungen anprangert: „Nachdem die Medien die Umfragen kontrollieren, ist die Quicki-Umfrage die Regel geworden.“ (S. 17). Und sie weist auf die Risiken für die zu Beratenden am Beispiel Bill Clinton, wenn sie ihre Politik auf schlechte Demoskopie stützen. Auch Frank Brettschneider (a.a.O.) hat sich sehr kritisch mit dem Verhältnis zwischen Demoskopie und Medien anhand der Bundestagswahl 1998 befasst.

6. Wer sind die Berater?

Nicht nur Inhalte und Methoden der Politikberatung sind äußerst heterogen, sondern auch die Beraterschar. Jeder Parteivorstand⁵⁷, das Bundeskanzleramt⁵⁸, das Bundespresseamt⁵⁹, die Staatskanzleien⁶⁰, sie alle haben **Planungsabteilungen** mit einschlägig geschultem Fachpersonal.

Die Beratungen aus dem **universitären Bereich** spielen selbstverständlich eine große Rolle.⁶¹ Aber wenn es um Demoskopie geht, sind die einschlägigen **kommerziellen Institute** schneller. Das „Politbarometer“ der „Forschungsgruppe Wahlen“ für das ZDF⁶², der „DeutschlandTREND“ von „Infratest/dimap“ für die ARD⁶³, die wöchentliche Umfrage von „EMNID“ für n-tv, die „FORSA“-Umfragen für verschiedene Medien, die Berichte des „Instituts für Demoskopie in Allensbach“ für die FAZ sind Pflichtlektüre für jeden politischen Planer und Entscheider. Dabei haben sich im Laufe der Jahrzehnte auch „Hausdemoskopien“ herausgebildet. Der Medienberichterstattung konnte entnommen werden, wie wichtig etwa für Altkanzler Helmut Schmidt der Ratschlag vom damaligen INFAS-Chef Klaus Liepelt war oder für Helmut Kohl Allensbach mit Elisabeth Noelle-Neumann.⁶⁴ Mittlerweile hat sich heute bei der SPD das Münchener Beratungsinstitut „Polis“ profiliert und bei der CDU wird immer stärker EMNID nachgefragt.

Entscheidend für die jungen angehenden Politologen und Politologinnen ist: Hier hat sich mittlerweile ein **großer Arbeitsmarkt** entwickelt. Und es kann erwartet werden, dass wir eher am Anfang einer noch bevorstehenden Entwicklung stehen, zumal dann, wenn die Entwicklung in Deutschland der in den USA tendenziell folgt.⁶⁵ Berater und Beraterinnen werden gebraucht, wenn sie etwas können. Was aber müssen sie können? Und wie kann dies universitär vermittelt werden? Dieser Frage gehe ich mit einem Praxisbericht nach.

⁵⁷ Peter Radunski, der Autor von „Wahlkämpfe“ (a.a.O.), war lange Zeit in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig. Die CDU betreibt über die Konrad-Adenauer-Stiftung ihr eigenes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut. Auch Politologe Werner Kaltefleiter verantwortete in der CDU-Zentrale lange Zeit die Auswertung empirischer Studien.

⁵⁸ Peter Grafe, der Autor von „Wahlkampf“ (a.a.O.), wertete im Bundeskanzleramt für Bundeskanzler Gerhard Schröder Meinungsumfragen aus.

⁵⁹ Der langjährige Co-Chef der Forschungsgruppe Wahlen Wolfgang G. Gibowski arbeitete für Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundespresseamt und hielt zusammen mit Wolfgang Bergsdorf engen Kontakt zu sozialwissenschaftlichen Politikberatern.

⁶⁰ Der Freiburger Wahlforscher Gerd Mielke ist Planungschef in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.

⁶¹ Etwa die Politologen Falter, Lösche und Raschke sind nicht nur in den Medien, sondern auch in Parteivorständen häufig geladene Berater.

⁶² Dem „Politbarometer“ kommt wegen seiner 25-jährigen Konstanz, seiner wissenschaftlichen Reputation und seiner hohen Verbreitung ein hoher Stellenwert zu (vgl. Politbarometer 03/2002).

⁶³ Der „DeutschlandTREND“ steht dem „Politbarometer“ methodisch nicht nach und ist inhaltlich ähnlich angelegt, aber ein relativ junges Instrument. Wie auch das „Politbarometer“ kann der „DeutschlandTREND“ durch öffentlich zugängliche, erschwingliche Dokumentation für Sekundäranalysen ausgewertet werden (vgl. DeutschlandTREND März 2002). Beide Institute, also die „Forschungsgruppe Wahlen“ und „Infratest/dimap“ beteiligen sich am wissenschaftlichen Diskurs und stellen auf Anfrage Forschern auch ihre Daten zur Verfügung.

⁶⁴ Im Rahmen des Seminars „Sozialwissenschaftliche Politikberatung und Wahlkampf“ (SS 2000) waren hochrangige Vertreter der kommerziellen Beratungsinstitute von EMNID (Klaus Peter Schöppner), Infratest (Dr. Richard Hilmer), Forschungsgruppe Wahlen (Prof. Dr. Dieter Roth), Allensbach, Polis (Dr. Walter Ruhland) zu Gast bei einem Kolloquium am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Der Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, gab dabei Einblicke in die Konkurrenz zwischen Allensbach und EMNID bei der Wahlkampfplanung der CDU im Rahmen der Bundestagswahl 1998.

⁶⁵ Althaus berichtet (a.a.O.; S. 201), dass in den USA die Beraterschar auf 7.000 Personen in 1.500 Firmen geschätzt wird.

II.

Praxisbericht:

Ein Übungsfeld der Politologie

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

Als ich 1998 meine Tätigkeit als ehrenamtlicher, nebenberuflicher Lehrbeauftragter am Institut für politische Wissenschaften der Universität Gießen begann, war mir der Universitätsbetrieb fremd geworden. Schließlich lagen fast 25 Jahre zwischen den eigenen Erfahrungen an einer Universität.⁶⁶ Sehr rasch allerdings wurde mir klar, in den letzten fünf Jahren stetig deutlicher, dass die quantitative Zunahme der Studentenschaft andere Konkurrenzverhalten und Qualitätsmerkmale verlangt, als dies noch bis in die 80er-Jahre Gültigkeit hatte.

So will ich jetzt nicht die Entwicklung der ursprünglichen Seminarkonzeption beschreiben, sondern mich auf die Konzeption des aktuellen Semesters konzentrieren, die in ihrer Grundstruktur damit zum dritten mal eingesetzt wird.

Nur so viel sei zu den Erfahrungen der ersten beiden Jahre gesagt: Ich meine festgestellt zu haben, dass **Studentinnen und Studenten von mir eher sehr praxisorientierte Seminare erwarten** und weniger eine Einführung in die Theorie der Wahlforschung oder gar in die der empirischen Sozialforschung und Statistik. Dafür existieren offenbar genügend andere Angebote.

Ich versuche insofern, den üblichen Auswertungen vorliegender empirischer Studien und deskriptiven Materials eine praktische Komponente hinzuzufügen, nämlich **die Nutzung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse für strategische Politikberatung**.

⁶⁶ Sowohl das Diplom als auch die Promotion wurden berufsbegleitend abgeschlossen.

1. Wie ist mein Seminar angelegt?

Das Thema meines Seminars im laufenden Semester lautet:

**„Die heiße Wahlkampfphase - Bundestagswahl am 22. September 2002 –
Sozialwissenschaftliche Politikberatung und Wahlkampf“**

Dem **Ausgangspunkt** dieses Seminars liegen folgende Überlegungen zu Grunde: Parteien wollen das gesellschaftliche Leben gestalten. Dazu brauchen sie ein Mandat der Wähler/innen. Schon Zehntelprozente können zwischen "Leben und Tod," zwischen Regieren oder Opponieren entscheiden. Und immer mehr Wähler/innen entscheiden sich kurzfristig, ob sie zur Wahl gehen und wem sie ihre Stimme anvertrauen.

Ein typisches Beispiel für die Kurzfristigkeit der Meinungsbildung ist die politische Stimmungslage in Sachsen-Anhalt⁶⁷. Fünf Wochen vor der Landtagswahl am 21. April 2002 wird berichtet, dass sich lediglich 45 Prozent ihrer Wahlentscheidung sicher seien.⁶⁸

Der **Wahlkampf selbst also wird** immer bedeutender. Für den Stellenwert des Wahlkampfes für die politische Entscheidung ist die Bundestagswahl 1998 ein Lehrbeispiel.⁶⁹ Und gegen Ende, wenige Monate vor dem Wahlscheid, wird es richtig „heiß“. Wer kommt als erster Sieger aus der Wahl heraus?

Wahlkampf ist nicht nur ein Geschäft von Überzeugungstätern, für Kandidaten und ihre Teams. Wahlkampf ist zunehmend Profi-Arbeit. Parteien lassen sich regelmäßig auf allen Ebenen der Wahlvorbereitung professionell sozialwissenschaftlich beraten.

Das Seminar ist als praxisorientiertes **doppeltes Rollenspiel** geplant. Es werden Parteienstrategien für die „heiße Phase“ des Wahlkampfes der Bundestagswahl am 22. September 2002 geplant, Fallbeispiele werden gebildet, somit „Probedurchläufe“ typischer Prototypen simuliert, Versionen erarbeitet, Konsequenzen aufgezeigt, Analogien formuliert.

Die einen, nämlich die Studenten/innen, die einen qualifizierten Seminarschein erwerben wollen, spielen eine/n „**sozialwissenschaftlichen Politikberater/in**“ für eine Bundestagspartei ihrer Wahl.

Die anderen, die Studenten/innen, die nur einen Hörschein erhalten wollen, sind ebenfalls aktiv: Sie spielen **Parteivorstand** der jeweiligen Partei. Sie nehmen die „Präsentationen“ ab, diskutieren sie und entscheiden, was sie umzusetzen gedenken.

⁶⁷ Der Landtagswahl geben insbesondere die Oppositionsparteien im Bund einen besonderen strategischen Stellenwert. So titelte der „Focus“ (Nr. 12 v. 18.3.2002, S. 64): „In Sachsen-Anhalt erproben die Parteien Kampagnen-Strategien für die Bundestagswahl.“

⁶⁸ „Forschungsgruppe Wahlen e.V.“, Sachsen-Anhalt Barometer 03/2002.

⁶⁹ Vgl. Volker Hetterich, Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um die Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998, Opladen 2001; Noelle-Neumann/Kepplinger/Donsbach, Kampa – Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998, Freiburg 1999; Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien – Ein Reader zum Wahljahr 1998, Wiesbaden 2000.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung – Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

Für alle Seminarteilnehmer/innen gilt es in diesem Seminar **bessere Kenntnisse der Programmatik** der Bundestagsparteien zu erlangen.

Es soll **praxisorientiert** gelernt werden, worauf es bei der Wahlkampfplanung ankommt, welche **Bedeutung sozialwissenschaftliche Analysen** dabei haben, wie man sich im Kontext von **Parteien zu präsentieren** hat.

Und auch **der Seminarleiter spielt** eine Rolle, nämlich die des/der **Vorsitzenden der jeweils zu beratenden Partei**. Er leitet die gespielten Parteivorstandssitzungen, in denen sich die Berater/innen präsentieren.

Die Seminarkonzeption ist in den beiden zurückliegenden Jahren zweimal erprobt worden und fand bei den Teilnehmern/innen großen Zuspruch.

Bei aller Spielfreude allerdings: Die Praxiserarbeitung ist „harte Arbeit“ für alle Beteiligten. Man muss politisch auf dem Laufenden sein, um sich in den „Parteivorstandssitzungen“ kompetent und qualifiziert einbringen zu können. Und die Berater/innen dürfen nicht im „Kaffeesatz“ lesen, sondern **Datenbeschaffung, Datenanalyse, strategisches und konzeptionelles Denken und Kreativität** sind notwendig.⁷⁰

Das Seminar wendet sich an Studenten/innen aller geisteswissenschaftlichen Ausrichtungen mit ausgeprägtem Interesse an politischen Fragen auf empirischer Basis⁷¹.

⁷⁰ Den „Beratern“ wird folgender **Strukturierungsvorschlag für die Präsentation** unterbreitet:

Das Wahlkampf-Ziel der zu beratenden Partei

Methodische Vorbemerkung der Beratungsgrundlagen (worauf stützt sich die Beratung? Quellen)

I – Analyse

1. Wo steht die zu beratende Partei aktuell auf dem Wählermarkt? – Die Ausgangslage
2. Stammwähler, Randwähler, Wechselwähler
3. Zur bisherigen Anlage des Wahlkampfes – Programmatik, Personal, Themensetzung, Werbestrategie
4. Stärken und Schwächen – Die Partei und ihre Konkurrenz (Zwischenevaluation der laufenden Kampagne)

II – Vorschlag für die „heiße Wahlkampfphase“

1. Kompetenzen – Partei und Personalangebot
2. Mobilisierung der Stammwähler
3. Sozio-Demografische Zielgruppen (z.B. Geschlecht, Alter, Beruf, Konfession, Wohnumfeld, Lebenssituation)
4. Kommunikation mit Rand- und Wechselwählern
5. Themensetzung und Events als kommunikative Auslöser
6. Fazit: Worauf es für die „heiße Phase“ ankommt

⁷¹ Die empirische Basis beruht vor allem auf den Wahlanalysen aktuell zurückliegender Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1998 anhand der Berichte von „Infratest/dimap“ (ARD) und der „Forschungsgruppe Wahlen e.V.“ (ZDF) sowie aktueller in den Medien veröffentlichter Umfragen. Dabei ist vor allem der „DeutschlandTREND“ von „Infratest/dimap“ und das „Politbarometer“ der „Forschungsgruppe Wahlen“ (Internet: www.forschungsgruppewahlen.de) heranzuführen. Dem „Politbarometer“ kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, weil das Instrument seit 25 Jahren eingesetzt wird und damit Längsschnittanalysen zulässt und mit einer durchschnittlichen Zuschauerzahl von 2,3 Millionen eine wichtige Rolle bei der Meinungsbildung spielt (vgl. Pressemitteilung der Forschungsgruppe Wahlen vom 19.3.2002; Politbarometer 03/2002). Die wichtigsten Quellen werden vom Seminarleiter in den „Seminarapparat“ des Instituts eingestellt.

2. Welcher Erwerb von Schlüsselqualifikationen werden als Lernziele als notwendig erachtet und mit dem Seminar als Ergebnis verfolgt?

Geisteswissenschaftler/innen, insbesondere empirisch arbeitende Wissenschaftler/innen sind in der Praxis politischer Beratungstätigkeit den früher vorgezogenen Juristen zumindest dann gleichwertig, gelegentlich sogar überlegen, wenn sie gelernt haben, komplex, faktengestützt analytisch zu denken, zu argumentieren und zu erarbeiten.

Aus Sicht der beruflichen Praxis heraus ist zu sagen: Die wichtigsten **Schlüsselqualifikationen**, die im Beruf, zum Beispiel im Rahmen der Ministerialtätigkeit, aber auch in anderen potenziellen Einsatzfeldern späterer Politologen benötigt werden, sind:

- Die Fähigkeit zu einer gründlichen, zutreffenden **Analyse**.
- Die Fähigkeit, die richtigen **Informationen** zu beschaffen und gezielt zu verarbeiten.
- Die Fähigkeit zu einer knappen, nachvollziehbaren **Darstellung**.
- Die Fähigkeit, eigene **Auffassungen in frage** zu stellen.
- Die Fähigkeit, gewonnene **Einsichten zu vermitteln**.
- Die Fähigkeit, **Widerstände** zu überwinden, selbst die seiner Vorgesetzten.
- Die Fähigkeit zur Entwicklung von **Teamfähigkeit und anzuwendender Sozialkompetenz**.
- Die Fähigkeit zur **Schlussfolgerung** aus der geleisteten Arbeit und Verdichtung zu einem **Handlungskonzept**.

Der hier aus der Reflexion der eigenen beruflichen Praxis heraus entwickelte Katalog zu erwerbender Schlüsselqualifikationen ist bewusst gegenstandsneutral. Die Qualifikationen lassen sich in jedem themenspezifischen Arbeitsfeld erwerben.

Wichtig ist zu begreifen, dass Wissenschaft wie auch praktische politische Beratungstätigkeit nichts mit purem „Bekenntnis“ zu tun hat, sondern mit möglichst „effizienter, objektiver Informationsbeschaffung und entsprechender –verarbeitung“.

Schlüsselqualifikationen

- **Gründliche, zutreffende Analyse**
- **Informationen beschaffen und verarbeiten**
- **Knappe, nachvollziehbare Darstellung**
- **Eigene Auffassungen in frage stellen**
- **Einsichten vermitteln**
- **Widerstände überwinden**
- **Teamfähigkeit, Sozialkompetenz**
- **Schlussfolgerungen, Verdichtung zum Handlungskonzept**

Wenn dabei das Handwerkszeug der quantitativen empirischen Sozialforschung besonders angeführt wird, dann nicht, um Sozialwissenschaftler/innen anderen geisteswissenschaftlichen Richtungen gegenüber besonders hervorzuheben⁷². Vielmehr ist das Faszinosum nicht nur der Verifikation eigener Hypothesen erstrebenswert, sondern auch deren Falsifikation. Die Fähigkeit der sachlichen Relativierung eigener Annahmen ist bei der Blickrichtung methodologisch wissenschaftlich fundierter empirischer Sozialforschung als einer **Methode der Weiterentwicklung des eigenen Denkens zu erarbeiten**.

Dieses Erlebnis ist durchaus mit **Grundlagenwissen** erzielbar.⁷³ Ich meine in der politischen Praxis die Erfahrung gemacht zu haben, dass es entscheidend darauf ankommt, die Grundlagen verstanden zu haben und anwenden zu können:

Forschungsdesign, die Bedeutung der Hypothesenbildung, Kennenlernen der verschiedenen Erhebungsmethoden, vor allem Stichprobentheorie, zwei- und drei-dimensionale Tabellen, Mittel- und Streuwerte, Skalierungen, leichtere Korrelationsberechnungen.

Wichtig für zeitgemäße Präsentationen ist, die gewonnenen Erkenntnisse **grafisch darstellen zu können**⁷⁴, was aber heute im Zeitalter von EXCEL⁷⁵ für praktisch keinen Studenten problematisch ist. Wie überhaupt festzustellen ist, dass die heutigen Studenten/innen sehr gute Computer- und Internetkenntnisse haben, E-Learning also ein Bestandteil zeitgemäßer Didaktik sein sollte, ohne traditionelle Papier- und Archivarbeit deshalb zu vernachlässigen.⁷⁶

Mit diesen Standardkenntnissen kommen angehende Politologen/innen erfolgreich durch künftige Beratungsleben, wenn er/sie sich außerhalb universitärer Bahnen zu bewegen gedenken. Komplexere multivariate Faktoren-Analysen sind in der Regel im politischen Prozess nicht mehr vermittelbar.⁷⁷

⁷²Vgl. z.B. die Jugendbiografien in der 12. Shell-Jugendstudie, Opladen 1997.

⁷³ Ich halte etwa Clauss/Ebner, Grundlagen der Statistik, Frankfurt 1972 für ein immer noch brauchbares Grundlagenwerk. Ebenso auch: Atteslander, Methoden der empirischen Sozialforschung, Berlin 1969 (9. Neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2000) ; Friedrichs, Methoden der empirischen Sozialforschung, Reinbeck 1973; Schrader, Einführung in die empirische Sozialforschung, Stuttgart 1971; König, Handbuch der empirischen Sozialforschung, Stuttgart 1978. Aktuellere Basiswerke: Gehring/Weins, Grundkurs Statistik für Politologen, Opladen 1998; Schimunek, Methoden der empirischen Sozialforschung, Landau 2001; Lamberti, Einstieg in die Methoden empirischer Forschung – Planung, Durchführung und Auswertung empirischer Untersuchungen, Tübingen 2001; Schnell/Hill/Esser, Methoden der empirischen Sozialforschung, 6. Aufl., München 1999; weniger ergiebig: Wienold, Empirische Sozialforschung – Praxis und Methode, Münster 2000; besonders empfehlenswert: Helmut Kromrey, Empirische Sozialforschung, 9. Aufl., Opladen 2000 zumal als Package mit Eckart Struck/Helmut Kromrey als CD-ROM, PC-Tutor Empirische Sozialforschung Version 1.0, Opladen 2001 (nach meiner Kenntnis das jüngste PC-gestützte Grundlagenwerk der empirischen Sozialforschung, dessen didaktische Qualität in meinem aktuellen Seminar SS 2002 durch die Studentinnen und Studenten getestet werden soll; vom Verlag Oldenbourg sind bereits zwei andere PC-Programme veröffentlicht worden: Maier/Rattinger, Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, mit Diskette, 2000; Benninghaus, Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse, mit CD-ROM, 6.überarb. Aufl., 2001).

⁷⁴ Hilfreich für die Beschäftigung mit Sinn und Grenzen grafischer Darstellungen: Zeisel, Die Sprache der Zahlen, Köln 1970.

⁷⁵ Vgl. Kowalski, EXCEL 97, Düsseldorf 1997; Giersig, EXCEL 5, München 1995; ders., EXCEL Aufbaukurs, München 1996.

⁷⁶ Der Aspekt der IuK in der sozialwissenschaftlichen Politikberatung wird mittelfristig gesonderten Raum einnehmen, incl. der Mittel der Kommunikationswege sozialwissenschaftlicher Politikberatung. Deshalb ist auch im aktuellen Seminar vorgesehen, den „PC Tutor Empirische Sozialforschung“ von Eckart Struck und die CD-ROM „Wahlanalyse“ der Bundeszentrale für politische Bildung zu erproben.

⁷⁷ Das gilt auch für die PISA-Studie, über die vielfach gesprochen wird, ohne sie ernsthaft rezipiert zu haben, weil sie häufig lediglich zur Verifizierung der Eigenvorstellungen herangezogen wird.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

Das Problem zu komplexer Analyseinstrumente und einer zu abstrakten Wissenschaftssprache ist ein Schlüssel für die Erklärung, warum der Wissenstransfer zwischen sozialwissenschaftlicher Beratung und politischen Entscheidern gelegentlich oder auch häufig mit beidseitigen tiefen Frustrationen verbunden ist.⁷⁸

Erfahrungsgestützt ist für die notwendigerweise erfolgreiche Vermittlung von **Basiswissen zu plädieren:**

Es ist schon etwas gewonnen, wenn Studenten/innen gelernt haben, quellenkritisch an ihr Material heranzugehen, zu fragen wie die Daten erhoben wurden, ob die Interpretationen nachvollziehbar sind, den Unterschied zwischen Prozenten und Prozentpunkten zu erlernen, den Unterschied zwischen Zeilen- und Spaltenprozentuierung zu „verinnerlichen“, um nur einmal die Beispiele zu nennen, deren Defizite mir in den letzten fünf Jahren besonders augenfällig waren.

Der/die Student/Studentin haben zu lernen, wie eine zielführende, überzeugende, wissenschaftlich **fundierte Darstellung** auszusehen hat.

Es ist in meinen Seminaren überraschend, wie häufig Grundlagen der Zitiertechnik noch zu vermitteln sind, dass wissenschaftliche Arbeit nichts mit „Überzeugungstätertum“ gemein hat, sondern datengestützte Beweisführung meint. Und dass Belege für die Verifizierung auch ausgewiesen werden müssen, weil alles andere „Diebstahl geistigen Eigentums“ bedeuten würde.

Auch ist es auffällig, dass viele Studenten/innen nebenher zu jobben haben, wie hoch die Ausfallrate zugesagter abzugebender Hausarbeiten ist, selbst dann, wenn die Vorarbeiten in Form mündlicher Präsentationen bereits erfolgreich abgeschlossen waren.

⁷⁸ Konrad Schacht (Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum, Opladen 1986) hat diese Lücken an vielen Beispielen belegt. Aber auch in der oben zitierten Literatur zur Politikberatung finden sich zahlreiche Hinweise auf die Frustration der Berater über mangelnde Umsetzung ihrer Befunde.

3. Welche Erwartungen verbinden sich mit dem Konzept des „doppelten Rollenspiels“?

Die **Didaktik des „doppelten Rollenspiels“**, ihre Intention und die praktischen Erfahrungen damit:

Die Grundidee ist mit dem **Element des spielerischen Lernens** verbunden, das gelegentlich im Lernalltag zu kurz kommt. Für beide spielenden Gruppen innerhalb des Seminars ist die **ernsthafte Arbeit** allgegenwärtig. Die „Berater“ müssen ihre Präsentationen sehr sorgfältig vorbereiten und professionell durchführen; „Partei vorstände“ müssen politisch auf dem Laufenden sein, um die Fundierung der erteilten Beratung zu erkennen und kritisch weiterentwickeln zu können.

Die Aufteilung in die Rolle des aktiven Beraters (qualifizierter Schein) und mitdiskutierenden Mitglieds eines Parteivorstandes (Hörerschein) entspricht der zweigeteilten Motivation der Seminarteilnehmer. Die Rolle des Seminarleiters als Vorsitzender der jeweils zu beratenden Partei ermöglicht jeweils methodische und sachliche Interventionen dann, wenn sie geboten sind.

Das Konzept realisiert große **Gestaltungsfreiheit der Aktiven**:

Die „Berater“ können sich die Partei ihrer Wahl aussuchen, die beraten werden soll. Als einzige Einschränkung gilt, dass es sich um eine im Bundestag vertretene Partei handeln muss, um die Gruppe diskussionsfähig zu erhalten. Politikberatung für die „Partei der bibeltreuen Christen“ wäre zwar reizvoll, aber am Ende für die Teilnehmer/innen und für den Seminarleiter nicht mehr nachvollziehbar und damit auch nicht mehr überprüfbar.

Die „Berater“ können sich ebenso entscheiden, ob sie als Individuen („Selbstständige“) beraten wollen in Konkurrenz zu Mitbewerbern oder in Gruppen („Beratungsfirma“). Interessanterweise haben sich die Studenten/innen in den beiden letzten Seminaren ausschließlich für Gruppenarbeit („Beratungsfirmen“) entschieden.

Das beschriebene Konzept ist hinlänglich für die bei der Seminarplanung nicht kalkulierbare Teilnehmerzahl **flexibel**. Es kann mit Gruppenstärken zwischen acht und sechzig Teilnehmern stattfinden, wobei eine Gruppenstärke von ca. dreißig ideal ist. Erfahrungsgestützt kann davon ausgegangen werden, dass rund ein Drittel der Seminarteilnehmer bereit ist, die aktive Rolle zu übernehmen.

Nach der vierstündigen Einführung⁷⁹ durch den Seminarleiter findet das Rollenspiel an zwei weiteren Blocktagen⁸⁰ statt. Die Seminarteilnehmer haben mit großer Mehrheit diese Form des Blockseminars als zwar intensiv, aber lehrreich und fortsetzungswürdig beschrieben.

⁷⁹ Jeweils an einem Abend von 17.00 – 21.00 Uhr, im laufenden Seminar am 8. April 2002.

⁸⁰ Jeweils zwei Freitage ganztags von 9.00 – 17.00 Uhr, im laufenden Seminar am 14./21. Juni 2002 mit vielen kleineren Sitzungsunterbrechungen (sog. Raucherpausen), die Gelegenheit zu Einzelgesprächen (Sprechstunden) geben.

Der zeitliche Rahmen für die einzelnen Präsentationen wird am Einführungsabend geklärt, sobald feststeht, wie viele Parteien durch wie viele Berater auf die Bundestagswahl vorbereitet werden sollen.

Das so praktizierte didaktische Konzept bietet gute Chancen für „selbstreguliertes Lernen“, das PISA-2000 so nachdrücklich betont.⁸¹

⁸¹ Vgl. Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.), PISA 2000, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001 (Kap. 6, S. 271 ff.).

4. Wie beurteilen die Seminarteilnehmer/innen das Konzept?

Bei allen bisherigen Seminaren war es sehr bedeutsam, neben der jeweiligen Schlussbesprechung am Ende des Seminars (Seminarkritik) durch Teilnehmer und Teilnehmerinnen auch eine **schriftliche Seminarevaluation** veranlasst zu haben, die jeweils als eigenständige schriftliche Hausarbeit vorgelegt wurde. Diese Arbeiten haben einen hohen Stellenwert, sind sie doch eigenständige empirische Forschungsarbeiten (von der Stichprobengröße her eher im Charakter eines Pretests), die aber von Fragebogendesign, Auswertung über die Präsentation alles verlangen, was von empirischen Arbeiten erwartet werden darf.

Die Seminarevaluation⁸² nach dem vorliegenden Konzept im letzten Jahr ergab die Anregung, zur Vorbereitung des Seminars noch gründlichere Überlegungen darüber anzustellen, wie der Dozent verdeutlichen kann, „am Lernerfolg der Studierenden interessiert“, bei der Quellensuche noch mehr behilflich zu sein und deutlich zu machen, wie das Konzept „auf die Wünsche der Studierenden“ eingeht.

Auf der anderen Seite war es ermutigend zu lesen, dass „die Kompetenz des Dozenten als durchweg sehr hoch eingeschätzt“ wurde, dass „seine Erklärungen verständlich waren“ und er „den Praxisbezug vermitteln“ konnten.⁸³

Dieser letzte Gesichtspunkt, der **Praxisbezug**, ist insofern entscheidend als junge Studenten und Studentinnen der politischen Wissenschaft lernen, wie es im politischen Alltag unter professionellen Gesichtspunkten zugeht, was von ihnen erwartet wird, wenn sie sich aktiv einmischen wollen, sei es in Berater- oder in Politikerfunktion.

⁸² Auswertung der Befragung zum Seminar „Der Bundestagswahlkampf 2002“ im SS 2001. Vorgelegt von Sonja E. Krenmayr, 45 S.

⁸³ Krenmayr, S.37.

Schlussbemerkung

Hauptberufliche Universitätslehrer/innen verknüpfen in der Regel Forschung und Lehre, beherrschen die methodischen Grundlagen der jeweiligen Disziplin, sind umfassend auf der Höhe der Forschung mit vollständigeren Literaturkenntnissen.

Der nebenberufliche, wissenschaftlich ausgebildete Praktiker kann im Wissenschaftsbetrieb eine Lücke füllen und wissenschaftliche Arbeit mit Alltagserfahrungen aus dem hauptberuflichen politischen Leben verbinden. Insofern macht es Sinn, nach mehrjähriger Lehrbeauftragtenzeit eine **Honorarprofessur**⁸⁴ zu verleihen, um mit dieser Fassade praktisch angewandter Forschung eine Verbreiterung des Angebotfächers des wissenschaftlichen Lehrbetriebs zu bewirken.

Ich werde mich bemühen, dem damit verbundenen Anspruch gerecht zu werden und bedanke mich bei der Universität, beim Fachbereich und beim Institut für diese Ehre.

Besonders bedanke ich mich aber bei meinen **Studentinnen und Studenten** für die Chance, durch die intensive Zusammenarbeit in der Vergangenheit und in der Zukunft lernen zu dürfen, wie es bestellt ist um unseren sozialwissenschaftlichen und vielleicht auch praktisch-politischen Nachwuchs.

Um „die Politik“ ist es nicht immer gut bestellt. Sie kann bessere Politiker und Politikerinnen brauchen. Aber auch eine noch bessere sozialwissenschaftliche Beratung. Dabei, so meine ich, wollen wir alle helfen, hier am Institut für politische Wissenschaften der Universität in Gießen, wohl auch im Sinne Justus von Liebig's⁸⁵.

**Hier will ich helfen,
als Grenzgänger,
als ein wissenschaftsorientierter Praktiker
bzw.
als ein praxisorientierter Wissenschaftler.⁸⁶**

⁸⁴ So jedenfalls die drei auswärtigen Gutachter (Prof. Dr. Karl Schmitt, Prof. Dr. Steffen-M. Kühnel, Prof. Dr. Thomas Meyer) im Verfahren der Verleihung der Honorarprofessur.

⁸⁵ Der Namensgeber der Universität Gießen war im 19. Jahrhundert einer der weltweit bedeutsamsten Chemiker und renommierter Hochschulpädagoge, der eine Zeit lang ab 1826 auch an der Universität Gießen als Professor tätig war (Liebig war schon Ende des 19. Jahrhunderts einem namhaften Lexikon über eine Seite wert, vgl. z.B.: Meyers Konversationslexikon, 5. Auflage, 11. Band, Leipzig 1896, S. 331 ff.).

⁸⁶ Für kritisch, konstruktive Anmerkungen bei der Durchsicht eines ersten Entwurfs zum vorliegenden Text danke ich: Staatsministerin a.D. Dr. Rose Götte, Dr. Christiane E. Herzog, Prof. Dr. Wolfgang Klafki, Prof. Dr. Reimund Seidelmann, Prof. Dr. Willi Wolf.

III.

Anhang

Joachim
Hofmann-Göttig

Die jungen Wähler

Zur Interpretation der Jung-
wählerdaten der »Repräsentativen
Wahlstatistik« für Bundestag,
Landtage und Europaparlament
1953 – 1984

Campus
Forschung

1. Biografische Nachbemerkung

Mit dem Thema

„Sozialwissenschaftliche Politikberatung – Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie“

verbinden mich vielfältige biografische Berührungen⁸⁷.

1. Die biografischen Berührungen beginnen mit den **eigenen Erfahrungen in der politischen Praxis**:

Schülervertretung⁸⁸, Stadtschulsprecher von Marburg⁸⁹, Landesschulsprecher in Hessen⁹⁰. 1969 Eintritt in eine große Volkspartei, Funktionen bei der Jugendorganisation dieser Partei auf allen Ebenen, Kommunalpolitik, Gemeindevertreter in Simtshausen, Kreistagsabgeordneter in Marburg-Biedenkopf.

Mittlerweile siebenundzwanzig Jahre hauptberufliche Tätigkeit im politischen Geschehen auf Bundes- und Landesebene, darunter elf Jahre als Staatssekretär in der Landesregierung Rheinland-Pfalz in drei verschiedenen Ressorts.⁹¹ Diese beruflichen Erfahrungen bringen auch persönliche Erkenntnisse aus „nächster Nähe“ mit sich, wie nämlich „Spitzenpolitiker“ ihr Handwerk im Alltag betreiben.⁹²

2. Sozialwissenschaftliche Politikberatung kumuliert in Zeiten eines Wahlkampfes, wenn es um Sein oder Nichtsein geht. Dann ist Beratung angesagt. In all den Jahren eigener politischer Praxis war **„Wahlkampf“ allgegenwärtig**:

Da war der eigene Wahlkampf als Kommunalpolitiker in Simtshausen und im Landkreis Marburg-Biedenkopf, die Verantwortung für einen „Jungwählerwahlkampf“ bei der Bundestagswahl 1976⁹³, die technische Leitung der "Ersten Europawahl-Kampagne“ der eigenen Volkspartei 1979⁹⁴, Sekretär einer Arbeitsgruppe "Fortschritt `90"⁹⁵ im Rahmen der Bundestagswahlkampagne 1990 zur Erstellung eines Wahlprogramms für den damaligen Kanzlerkandidaten⁹⁶, Mitwirkung in drei Landtagswahlkämpfen in Rheinland-Pfalz⁹⁷, zurzeit Mitarbeit in der Wahlkampfkommission eines Oberbürgermeisters⁹⁸, um nur einige Stationen zu nennen.

⁸⁷ Vgl. Biografie im Anhang.

⁸⁸ Seit der 6. Klasse Gymnasium mit Unterbrechungen Klassensprecher, später Schulsprecher.

⁸⁹ 1968/69, dort Mitarbeit am Schulentwicklungsplan der Stadt Marburg.

⁹⁰ 1969/1970, Mitarbeit in der Rahmenrichtlinienkommission für Gesellschaftslehre beim Hessischen Kultusministerium.

⁹¹ Vgl. im Einzelnen im tabellarischen Lebenslauf im Anhang.

⁹² Damit sind hier gemeint (in biografischer Reihenfolge der Arbeitsbeziehungen): Willy Brandt, Holger Börner, Johannes Rau, Heidi Wiecek-Zeul, Rudolf Scharping; Hugo Brandt, Dr. Willfried Penner, Björn Engholm, Dr. Jürgen Schmude; Bruno Friedrich, Egon Bahr; Gerhard Jahn, Herbert Wehner, Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin, Dr. Hans-Jochen Vogel; Oskar Lafontaine; Kurt Beck.

⁹³ Vgl. Joachim Hofmann, Die Schülerarbeit der Jungsozialisten, Bonn 1976.

⁹⁴ Vgl. Bruno Friedrich (Hrsg.; Redaktion: J.H.-G.) Kulturelle Demokratie, Bonn 1979.

⁹⁵ Vgl. Hans-Jochen Vogel, Oskar Lafontaine, Anke Fuchs u.a. (Hrsg.; Redaktion: J.H.-G.), Fortschritt `90, München 1990.

⁹⁶ Der damalige saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine.

⁹⁷ Vgl. Ulrich Rosenbaum, Rudolf Scharping Biografie, Berlin 1993; sowie: Hans Wallow (Hrsg.), Rudolf Scharping – Der Profi, Düsseldorf 1994 (darin J.H.-G.: Weggefährten – Vier Stationen über zwanzig Jahren); sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen seit 1991 im Anhang.

⁹⁸ Der amtierende Koblenzer Oberbürgermeister Dr. Eberhard Schulte-Wissermann stellt sich erneut der Direktwahl am 26. Mai 2002.

Joachim Hofmann-Göttig

**Emanzipation mit
dem Stimmzettel**

**70 Jahre
Frauenwahlrecht
in Deutschland**



Verlag Neue Gesellschaft

3. Die politische Praxis wurde stets begleitet von **wissenschaftlichem Engagement**⁹⁹: Neben dem Hauptberuf wurde 1976 das erziehungswissenschaftliche Studium mit Diplom¹⁰⁰ und 1981¹⁰¹ mit Promotion¹⁰² abgeschlossen. Beide Arbeiten waren methodisch und inhaltlich Grenzgänger zwischen Erziehungswissenschaften und politischer Wissenschaft, in jedem Falle empirische Studien.

Die Spezialisierung auf das Fachgebiet der Wahlforschung hat ihren Ursprung in der Bundestagswahl 1976, bei der biografisch erstmals der Widerspruch zwischen auf Umfragen beruhenden Jungwähleranalysen (damals von INFAS) und den harten amtlichen Daten der „Repräsentativen Wahlstatistik“ analysiert wurde¹⁰³.

Seitdem habe ich bei allen überregionalen Wahlen die Besonderheiten nach Alter und Geschlecht herausgearbeitet¹⁰⁴ und die Forschungsergebnisse veröffentlicht, u.a. in drei Monografien: „Die jungen Wähler“, 1984; „Emanzipation mit dem Stimmzettel“, 1986; „Die Neue Rechte“, 1989.

Seit 1998 habe ich kontinuierlich die Jungwählerstudie „Der Jugend eine Zukunft“ ins Internet eingestellt (www.net-part.rlp.de) und kostenfrei zum Herunterladen fortgeschrieben.¹⁰⁵ Diese Studie soll gegen Jahresende nach der Bundestagswahl 2002 abgeschlossen werden.

Die Gründung¹⁰⁶ und Leitung¹⁰⁷ des Gesprächskreises Sozialwissenschaften¹⁰⁸ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung¹⁰⁹ in Bonn ermöglicht seit über 15 Jahren den interfraktionellen Austausch zwischen Forschern vor allem aus den kommerziellen Wahlforschungsinstituten und den Politikplanern in Bund und Ländern.¹¹⁰

⁹⁹ Vgl. Wissenschaftliche Bibliografie im Anhang (dort auch die genauen Fundstellen der eigenen Veröffentlichungen).

¹⁰⁰ Vgl. J.H., Die Schülerarbeit der Jungsozialisten, Bonn 1976.

¹⁰¹ Bei Prof. Dr. Wolfgang Klafki und Prof. Dr. Willi Wolf (Universität Marburg).

¹⁰² J.H.-G., Politik und Schülerpresse, München 1981.

¹⁰³ Das führte zu einer ersten kritischen Veröffentlichung für Harry Ristock im „Vorwärts“ und zu einem Vortrag im Juso-Bundesausschuss.

¹⁰⁴ In einzelnen Fällen auch für Kommunalwahlen (vgl. Bibliografie).

¹⁰⁵ Vgl. Fundstellen in Wissenschaftlicher Bibliografie

¹⁰⁶ Zunächst gemeinsam mit Dr. Karl-Heinz Klär.

¹⁰⁷ Mit zeitlicher Unterbrechung, in der Dr. Konrad Schacht die Leitung übernahm.

¹⁰⁸ Der Gesprächskreis kommt im Jahr zu zwei zweitägigen Begegnungen zusammen. Er führt Forscher aus kommerziellen Beratungsinstituten und aus Universitäten zusammen mit Politikplanern aus dem Bund und den Ländern (in der Regel: Planungschefs und Öffentlichkeitsarbeiter aus den Staatskanzleien). Er dient überwiegend weniger der Erörterung methodischer Fragen, obgleich dies gelegentlich auch vorkommt (z.B. waren die methodischen Probleme der „Wählerwanderungsbilanz“ von INFAS und später „Infratest dimap“ dort Thema), sondern der anwendungsbezogenen sozialwissenschaftlichen Politikberatung. In den ersten Jahren diente er auch als Begegnungsforum zwischen Politikberatern und „Spitzenpolitikern“, in den letzten Jahren hat sich dies eher auf die Ebene der „Spitzenmanager“ (z.B. SPD-Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig) verlagert.

¹⁰⁹ Zuerst beim Gustav-Stresemann-Institut (GSI) in Bonn, dann gemeinsam zwischen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und GSI, später alleinige Trägerschaft durch die von Frank D. Karl geleitete Abteilung für Gesellschaftspolitische Informationen der FES Bonn.

¹¹⁰ Dies schafft enge persönliche Kontakte zu nahezu der gesamten Branche der sozialwissenschaftlichen Berater, insbesondere zu den Wahlforschern, auch wenn sie miteinander konkurrierende Parteien beraten. Diese Kontakte konnten sehr hilfreich sein, als es z.B. darum ging, erfolgreich die Branche für den Erhalt und die Weiterentwicklung der „Repräsentativen Wahlstatistik“ zu mobilisieren.

Das Mandat

Die Wähler der extremen Rechten II

Herausgegeben von
Karl-Heinz Klär, Malte Ristau,
Bernd Schoppe und
Martin Stadelmaier

Joachim Hofmann-Göttig

Die neue Rechte: die Männerparteien

Die Wählerbasis der „Republikaner“,
DVU und NPD nach Alter und Geschlecht
bei der Europawahl vom 18. Juni 1989

Demokratische Gemeinde

Die aus beruflichen Gründen lediglich sporadische Mitarbeit im Ausschuss für Wahlforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften dient dem Kontakt vor allem zu den universitären Forschern, ihren Einrichtungen und ihren Arbeiten.¹¹¹

4. In jüngerer Zeit erweiterte sich die politische und wissenschaftliche Praxis durch das **Erfahrungsfeld der politologischen Hochschuldidaktik**:

Der seit dem Sommersemester 1998 von mir ausgeübte Lehrauftrag¹¹² am Institut für politische Wissenschaften der Universität Gießen¹¹³ vermittelte mir Erkenntnisse über den IST-Stand des politischen Mikrokosmos Studierender hier in Gießen; ein für einen Jugend- und Bildungsstaatssekretär eines Landes außerordentlich nützliches Erfahrungsfeld, um praxisgerechte Jugendpolitik helfen gestalten zu können.¹¹⁴

¹¹¹ Allerdings ist dieses hochkompetente Gremium in seiner Funktion genau das Gegenteil zum Gesprächskreis Sozialwissenschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es ist sehr stark universitär zusammengesetzt, beschäftigt sich eher mit theoretischen und methodischen Problemen auf höchstem Niveau und hat insoweit eher für die universitäre Forschung als für die praxisorientierte Forschung und praktische Politikberatung Relevanz.

¹¹² In Form einer ehrenamtlichen, unvergüteten angezeigten wissenschaftlichen Nebentätigkeit.

¹¹³ Folgende Lehrveranstaltungen wurden seither gehalten:

Die Bundestagswahlen 1998 – Theorie und Praxis der Wahlforschung (Proseminar, SS 1998).

Die Bundestagswahlen 1998: Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998 (Proseminar, WS 98/99).

Wahlforschung: Politische Meinungsforschung in Deutschland (Seminar, SS 1999).

Sozialwissenschaftliche Politikberatung und Wahlkampf (Seminar, SS 2000).

Der Bundestagswahlkampf 2002 (Seminar, SS 2001).

Im laufenden Sommer-Semester 2002: Die heiße Wahlkampfphase – Bundestagswahl am 22.9.2002. Sozialwissenschaftliche Politikberatung und Wahlkampf (Seminar)

¹¹⁴ Aus dem gleichen Grund erfolgt die Beteiligung an einem zum Jahresanfang 2002 ins Leben gerufenen Mentoring-Projekt in Rheinland-Pfalz. Damit werden von mir z.Z. drei Mitzwanziger (zwei junge Männer und eine junge Frau, die am Anfang einer politischen Laufbahn stehen) von meinem Wohnort Koblenz aus ein Jahr lang umfassend persönlich politisch und wissenschaftlich betreut. Erfreulicherweise haben sich alle drei Mentees auch interessiert gezeigt, sich als Gasthörer bei meinem Seminar SS 2002 in Gießen zu beteiligen.

**Sechste aktualisierte Fassung
Stand: 31. Mai 2001**

**Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Jugend-Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz**

Der Jugend eine Zukunft

**Aktuelle Schlaglichter
auf die politische Herausforderung
durch die nachwachsende Generation**

Im Internet, stets aktualisiert:

www.net-part.rlp.de

Kontakt: Joachim.Hofmann-Goettig@mbfj.rlp.de

2. Tabellarischer Lebenslauf

- 1951 Geboren in Leipzig als Sohn von Martha und des Marburger Soziologieprofessors Dr. Werner Hofmann.
- Wohnsitz in Berlin, München, Wilhelmshaven, Göttingen, Marburg, Bonn, Mainz, seit 1999 in Koblenz mit Ehefrau Dr. Christiane E. Herzog und zwei Töchtern (geb. 1987 / 1991).
- 1969 Eintritt in die SPD
Funktionen bei den Jungsozialisten auf allen Ebenen.
Gemeindevertreter in Simtshausen. Kreistagsabgeordneter in Marburg-Biedenkopf.
- 1970 Abitur in der Steinmühle, Marburg (Klassensprecher, Schulsprecher, Stadtschulsprecher, Landeschulsprecher; Mitarbeit in der hessischen Kommission für die Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre).
- 1971 Volontariat bei einer Wochenzeitung, Frankfurt
- 1971 **Studium** der Erziehungswissenschaften (Hauptfach), Politologie, Soziologie und Psychologie (Nebenfächer).
Später: Zweites Hauptfachstudium der Rechtswissenschaften, Schwerpunkt: öffentliches Recht, ebenfalls an der Universität Marburg.
Studienbegleitende Tätigkeiten:
Tutor für Erwachsenenbildung, Betreuung der Praktika an der Uni Marburg;
Interviewer für ein Hamburger Marktforschungsunternehmen;
Journalistische Arbeit für Tages- und Wochen-Zeitungen und Hessischen Rundfunk (Schulfunk);
Kommunalpolitische Arbeit (Gemeindevertreter in Simtshausen, Kreistagsabgeordneter im Landkreis Marburg-Biedenkopf).
- 1975 **Hauptberuflicher** Schülerreferent beim **SPD-Parteivorstand**, Bonn.
- 1976 **Diplompädagoge**, Universität Marburg („sehr gut“).
- 1977 Wissenschaftlicher Referent für Bildungspolitik bei der **SPD-Bundestagsfraktion**.
- 1979 Koordinator für die Erste Direktwahl des Europawahlkampfes beim SPD-Parteivorstand.
- 1980 Leiter der Bund-Länder-Koordinierungstelle der SPD-Fraktionen des Bundes und der Länder bei der SPD-Bundestagsfraktion.
- 1981 Promotion zum **Dr. phil.** an der Universität Marburg („sehr gut“),
Dissertation: „Politik und Schülerpresse“ (bei Prof. Dr. Wolfgang Klafki und Prof. Dr. Willi Wolf; „sehr gut“).
- 1984 Presse- und Kulturreferent in der **Hessischen Landesvertretung**, Bonn, zuletzt als Ministerialrat.
- 1986 Zunächst stellvertretender, später Leiter der **Saarländischen Landesvertretung**, Bonn, zuletzt als Ministerialdirigent.
- Gründung und Leitung (mit zeitlichen Unterbrechungen bis heute) des
„Gesprächskreises Sozialwissenschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

- 1988 Nebenberuflich: Sekretär der Arbeitsgruppe Fortschritt '90.
- 1991 **Staatssekretär** im Ministerium für Bildung und Kultur des Landes **Rheinland-Pfalz**, Mainz.
- 1994 Staatssekretär im Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen, Mainz.
- 1998 Ehrenamtlicher **Lehrauftrag** am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Gießen.
- 2001 Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend, Mainz.
- 2002 Ernennung zum **Honoraryprofessor** für Politische Wissenschaften an der Universität Gießen.

Aktuelle Funktionen

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildungsplanung der **Bund-Länder-Kommission** (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung; Mitglied der **Amtschefkonferenz** der Kultusministerkonferenz (KMK); stellvertretendes Mitglied in der **KMK**, der **Jugendministerkonferenz** und der **Frauenministerkonferenz**; stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen des Bundesrates für Bildungs-, Frauen- und Jugendangelegenheiten.

Ländervertreter für die KMK beim **Kulturabkommen** der Bundesrepublik Deutschland mit **Italien**;
 Mitglied im Kuratorium des **Deutsch-Französischen Jugendwerks**;
 Stellvertretendes Mitglied des **Deutsch-Polnischen Jugendrates**;
 Vorsitzender des Stiftungsrates **Europahaus Bad Marienberg**;
 Mitglied im Verwaltungsrat des Landesbetriebes für **Landesimmobilien und Baubetreuung**, Mainz;
 Regierungsbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz für das Anerkennungsverfahren „**UNESCO-Weltkulturerbe Mittelrhein**“.

Vorsitzender des Vorstandes der **Freunde der Villa Musica**, Neuwied;
 Mitgesellschafter in der **Kulturfabrik**, Koblenz;
 Mitglied im Kuratorium des Krankenhauses **Evangelischer Stift**, Koblenz.

Leiter des **Gesprächskreises Sozialwissenschaft** der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn;
 Mitglied im Trägerverein der **Gustav-Stresemann-Stiftung**, Bonn;
 Mitglied im **Ausschuss für Wahlforschung** der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften.

Ehrungen

- 1999 Moselländischer Burgherr (Koborn-Gondorf)
- 2001 Ehrenwinzer (Boppard)

3. Wissenschaftliche Bibliografie des Verfassers

Jahr	Veröffentlichung/Studie/Monografie
1973	Strategien der Implementation (gem. mit Reiner Steinweg). Bericht über eine Arbeitsgruppe des Kongresses „Friedenspädagogik“. In: Friedenserziehung in der Diskussion. Hrg. Christoph Wulf. Serie Piper. S. 205 ff. (1974 auch im Englischen „Handbook on Peace Education“. International Peace Research Association. Ffm.-Oslo).
1974	Schülermitbestimmung als Unterrichtsprinzip. In: Wem soll die Schule nützen? Hrg. Gerd Köhler, Fischer Taschenbuch 1474. S. 167 ff.
1976	Die Schülerarbeit der Jungsozialisten. Verlag Neue Gesellschaft. Bonn. 151 S.
1978	Beamten schmiede für Duckmäuser? In: NG; Heft 10, S. 808 ff. Dazu: „Eine Hochschul-Idylle für die Staatsdiener - Wie die Fachhochschule des Bundes geplant wird“. In: Frankfurter Rundschau vom 12. Okt. 1978.
1979	Schüler in der Gesamtschule (mit Norbert Schmitt). In: Edelhoff/Mittelberg (Hrg.), Kritische Stichwörter Gesamtschule; Wilhelm Fink Verlag. München. S. 198 ff.
1979	Ludwigshafener Kulturkonferenz – Begegnung und Dialog. In: Bruno Friedrich (Hrg.), Kulturelle Demokratie, Verlag Neue Gesellschaft. Bonn. S. 101 ff. Gesamtdredaktion des Buches. 132 S.
1980	Gutachten über Pressedienste für Schülerzeitungen und Kooperation zwischen Lokaljournalisten mit Schülerzeitungsredakteuren für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 23. März 1980. 23 S.
1981	Politik und Schülerpresse. (Mit einem Vorwort von Bundesbildungsminister Björn Engholm). Verlag Ölschläger. München. 2. Auflage. 1982. 416 S.
1982	Selbstverständnis und politische Wertungen der Bundestagsabgeordneten – Ergebnisse repräsentativer Umfragen (mit Ewald Rose). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 1. S. 62 ff.
1982	Die Volksvertreter - Ein- und Ansichten im Deutschen Bundestag (mit Ewald Rose). Buchmanuskript (Bundestags-Bibliothek). 193 S.
1982	„Alternative“ Politik in den Landesparlamenten? Ideologiekritische Inhaltsanalyse von 300 Redebeiträgen „grüner“ Parlamentarier (mit Rudolf Scharping). In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 3. S. 391 ff. Auch als Sonderdruck des Westdeutschen Verlages erschienen (1. Auflage September 1982, 2. Auflage Dezember 1982). Kurzfassungen in: Frankfurter Rundschau vom 12. August 1982. Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 10. Juli 1982. „Jugendpresse“ Nr. 4/82. „Der Zivildienst“ Nr. 9/82. Nachdruck in: Steffani/Thaysen (Hrg.), Parlamente und ihr Umfeld. Daten und Analysen zu einer herausfordernden Regierungsform. Opladen, 1997. S.112 ff.
1983	Die jungen Wähler 1982. In: Jugendpresse Nr. 4/83.
1984	„Brutal Video“ - Die Antwort des Gesetzgebers – Ein Kritischer Diskussionsbeitrag zur Auseinandersetzung mit Lösungen, Scheinlösungen und Irrungen im laufenden Gesetzgebungsverfahren. Referat auf erziehungswissenschaftlichem Kongress „Neue Medien und Lernen“ am 6. - 8. Sept. 1984 in Dortmund. Hektogramm. 15 S.
1984	Die jungen Wähler 1983. In: Neue Gesellschaft Nr. 6/84. S. 525 ff.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

1984	<p>„Die jungen Wähler“. Zur Interpretation der Repräsentativen Wahlstatistik für Bundestag, Landtage und Europaparlament 1953-1984, Campus Verlag Frankfurt/New York. 174 S.</p> <p>Kurzfassungen: Hektogramm vom März 1984, 25 S. sowie in: Frankfurter Rundschau vom 30. Nov. 1984.</p>
1986	<p>„Emanzipation mit dem Stimmzettel – 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn. 143 S.</p> <p>Kurzfassungen: In Frankfurter Rundschau vom 12.05.1986. NG Heft 2/86, S. 165 ff. „Aus Politik und Zeitgeschehen“ Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (B 6-7/86 vom 08. Februar 1986). Demokratische Gemeinde Heft 5/86. Familie aktuell Nr. 3/86.</p> <p>Dazu: Aktualisierung zu den Landtagswahlen 1986 in: Das Parlament Nr. 37-38 vom 13./20. September 1986. Informationen für die Frau Nr. 1/87. Vorwärts Nr. 2/1987.</p>
1986	Die Hamburg-Wahl unter der amtlichen Lupe: Die Grünen Wähler werden älter. Presstext zum Referat vor dem Ausschuss für Wahlforschung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker am 20.11.1986 in Hamburg. 8 S.
1987	<p>„Neues von Jungen und Alten – Männern und Frauen“. Anmerkungen zur Bundestagswahl vom 25.01.1987 - 20 Großstädte - (mit Wolfgang Bick, Mitarbeit Helga Göttig); In: Demokratische Gemeinde. Heft 3/1987.</p> <p>Kurzfassung: In Frankfurter Rundschau vom 05.02.1987. Informationen für die Frau Nr. 2/87.</p>
1987	Bundestagswahl und Hamburger Bürgerschaftswahl 1987 nach Alter und Geschlecht. Presstext vom 27.05.1987. Kurzfassung in: Informationen für die Frau Nr. 6/87.
1987	„Hinter den „Durchschnitts-Wähler“ geblickt – Trendbeobachtungen bei Alten und Jungen, Frauen und Männern (1953 – 1987)“. Vortrag vor der Sektion „Politische Soziologie“ FU Berlin, 29./30.05.1987. In: Haug/Jesse (Hrsg.) „Parteien in der Krise?“. Köln. S. 156 ff.
1987	Wie Frauen in Nordrhein-Westfalen wählen. Gutachten (gemeinsam mit Helga Göttig). Bonn. Hektogramm, 71 S.
1987	Von Jungen und Alten, Frauen und Männern - Die Wahlen 1986/87 (gemeinsam mit Helga Göttig). In: NG/FH Heft 12, S. 1108 ff.
1988	Halbzeit an der Saar - Ergebnisse der Infratest-Umfrage. (Hrsg. Chef der Staatskanzlei des Saarlandes; Wiss. Begleitung, Projektleitung und Redaktion gemeinsam mit Lothar Kramm). 121 S.
1988	Von Jungen und Alten, Frauen und Männern, berufstätigen und nichterwerbstätigen Frauen, Arbeitern, Angestellten und Beamten, das Saarland und seine Kreise. Die Infratest Saar-Studie unter der Lupe der Feinanalyse. Gutachten 60 S.
1988	<p>Frauen raus aus den Separees – Festrede zum 80. Jahrestag des Inkrafttretens des Vereinsrechts am 15. Mai 1988 in Bonn. Presstext 18 S.</p> <p>Gekürzt in: Informationen für die Frau“, Nr. 6/88, S. 3 - 10; „frauen und arbeit“ (DGB), Nr. 3/4-88.</p>
1989	<p>Die fünfte Kraft – Die Berlin-Wahl vom 29. Januar 1989 nach Alter und Geschlecht. Hektografiertes Presstext vom 20. Februar 1989, 19 S.</p> <p>Gekürzt in: Kurt Hirsch/Wolfgang Metz, „Die Republikaner - die falschen Patrioten“, SPD-Landesverband Bayern (Hrsg.), April 1989, S. 75 ff.; „Informationen für die Frau“, Nr. 3/89, S. 13 f.</p>
1989	Selbst die NPD ist jugendattraktiv – Von Jungen und Alten, Frauen und Männern bei der Kommunalwahl in Hessen vom 12. März 1989. In: Demokratische Gemeinde, 6/89. Nachdruck in: JW-Informationsdienst, Nr. XXX/18-19-24. Mai 1989.
1989	Europawahl. In: Demokratische Gemeinde, 7/89.
1989	Die Mehrheit steht links – Die jungen Wähler in der Bundesrepublik Deutschland (1953-1989). – Analyse für die Jugendpolitische Kommission beim SPD-Parteivorstand. Presse-Hektogramm 60 S. Ungekürzt in Reihe „Materialien“ (Hrsg. SPD-Parteivorstand), Juli 1989, 35 S.
1989	Die Frauen haben die Macht, mit dem Stimmzettel den Ausschlag zu geben. Zeitschrift „Frauenforschung“ (Hrsg. Institut Frau und Gesellschaft, Hannover), September 1989.

Sozialwissenschaftliche Politikberatung – Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

1989	Die Neue Rechte: Die Männerparteien. Die Wählerbasis der „Republikaner“, DVU und NPD nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl vom 18. Juni 1989. Demokratische Gemeinde Bonn, 144 S. Kurzfassung in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 6. Oktober 1989.
1990	Vogel, Lafontaine, Fuchs u.a. (Hrsg.), Fortschritt '90 – Fortschritt für Deutschland. Bertelsmann Verlag München. Gesamtedition des Buches, 320 S.
1991	Jungwählerverhalten. In: Wilhelm Heitmeyer, Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung – Perspektiven und Chancen politischer Bildung. Juventa Verlag Weinheim und München, S. 119 - 128.
1993	Frauen wählen anders - Der Gender Gap. In: EMMA, Jan./Feb. 93, S.32.
1994	Weggefährten – vier Stationen in zwanzig Jahren. In: Wallow (Hrg.), Rudolf Scharping - Der Profi, Econ Verlag, Düsseldorf, S. 22 ff.
1996	Die „kleine Bundestagswahl“ vom 24. März 1996 – Eine Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 67 S. Kurzfassung in: Vorwärts 9/96. Nachdruck in: „Die politische Meinung“, Heft 323, S. 63 f.; Interview in: Focus 36/96.
1997	Die 12. Shell-Jugendstudie (gemeinsam mit Richard Hartmann). In: Unsere Jugend, Oktober 1997.
1998	Die geplante Abschaffung der Repräsentativen Wahlstatistik des Bundes wäre eine kapitale Dummheit. Exklusiv-Beitrag für dpa 19. Juni 1998 (Hektogramm 5 S.). Initiator und Autor des Aufrufes an den neuen Deutschen Bundestages zu einer gesetzlichen Regelung der Repräsentativen Wahlstatistik – Deutsche Wahlforscher einig: Die amtliche Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht ist unverzichtbar (Hektogramm 4 S.) vom 22. Oktober 1998. Dazu zahlreiche Reden und Erläuterungen anhand jüngerer Wahlen.
1998/99	Werner Hofmann – Objektivierete subjektive Notizen zu einer Biografie. Festrede zum Gedenken an W.H. am 30. Januar 1998 an der Universität Marburg. Preetext 17 S. Hrg. V. Herbert Claas, Joachim Hofmann-Göttig, Ralf Käpernick und Jan Limbers – Werner Hofmann, Gesellschaftslehre in praktischer Absicht; Forum Wissenschaft Studien, Band 46; BdWi-Verlag, 276 S.; 1999.
1998	Emanzipation mit dem Stimmzettel – 80 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Rede auf der Festveranstaltung am 10. November 1998 im Landtag Mainz. Hektogramm 13 S.
1999/00/01/02	Der Jugend eine Zukunft – Schlaglichter auf die politische Herausforderung durch die nachwachsende Generation. 10. Juni 1999. Hektogramm, 30 S. Seither laufend aktualisiert und ergänzt (zuletzt am 31. Mai 2001 in sechster Auflage z.Z. 60 Seiten sowie weitere Aktualisierungen bis zur Bundestagswahl 2002 in Vorbereitung); im Internet zugänglich unter: www.net-part.rlp.de/aktuelles/newspaper Kurzfassungen in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. B 19-20/2000, 5. Mai 2000. S. 24 ff.; GEW-Zeitung Rheinland-Pfalz, 9/01, S. 18 ff.; Unsere Jugend, 4/02, S. 156 ff.
2000	Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz – Ihr Stellenwert in der Landespolitik. In: Die Denkmalpflege, Heft 2/2000, S. 114 f.
2001	Zahlreiche Folienvorträge im Zusammenhang mit der Vorbereitung und der Analyse der Landtagswahl vom 25. März 2001 in Rheinland-Pfalz und zur Analyse der jüngsten Wahlen in Deutschland, insbesondere zur Nichtwählerproblematik, der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht, der Differenz von Brief- und Urnenwählern.
2001/2	Folienvorträge (zahlreich eingesetzt und jeweils als Pressefassung verteilt) zu den Themenbereichen: Die neue Ganztagschule in Rheinland-Pfalz; Das neue Kindertagesstättengesetz in Rheinland-Pfalz; Konsequenzen aus der PISA-Studie in Rheinland-Pfalz.
2002	Sozialwissenschaftliche Politikberatung; Einführungsvorlesung vom 10. April 2002 anlässlich der Berufung als Honorarprofessor an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Hektogramm und E-Mail-Datei. Internet Hommage www.mbfj.rlp.de (Staatssekretär), 64 S.

4. Ausgewählte Quellen für das Seminar

(in empfohlener Reihenfolge)

4.1 Grundlagenliteratur der empirischen Sozialforschung

- **Helmut Kromrey, Empirische Sozialforschung, 9. Auflage, Leske+Budrich, Opladen 2000 in Verbindung mit Eckart Struck, PC-Tutor, 2001.**
- **Franz-Peter Schimunek, Methoden der empirischen Sozialforschung. Eine Einführung. Verlag Empirische Pädagogik, Landau 2001.**
- **Jürgen Lamberti, Einstieg in die Methoden empirischer Forschung. Planung, Durchführung und Auswertung empirischer Untersuchungen. Dgvt-Verlag, Tübingen 2001.**
- **Peter Atteslander, Methoden der empirischen Forschung. 9. Neu bearbeitete und erweiterte Auflage. De Gruyter Studienbuch, Berlin 2000.**
- **Uwe W. Gehring / Cornelia Weins, Grundkurs Statistik für Politologen. Westdeutscher Verlag, Opladen 1998.**

4.2 Grundlagenliteratur der Wahlforschung

→...**Dieter Roth, Empirische Wahlforschung. Leske+Budrich-Verlag, Opladen 1998.**

→ **Kaltefleiter/Nißen, Empirische Wahlforschung. UTB Schöningh, Paderborn 1980.**

→ **Elisabeth Noelle-Neumann/Thomas Petersen, Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. Dtv, 2. Auflage 1998.**

→ **Wilhelm Bürklin/Markus Klein, Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. 2. Auflage. Leske+Budrich-Verlag, Opladen 1998.**

→ **Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000.**

→ **Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Leske+budrich-Verlag, Opladen 2000.**

→ **Jürgen Falter (Hrsg.), Empirische Wahlforschung: Ein einführendes Handbuch. Westdeutscher Verlag. Noch nicht erschienen. Erscheint laut Verlag Oktober 2002 (39 Euro).**

4.3 Fachliteratur zum Thema Wahlkampf

- **Marco Althaus (Hrsg.), Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying. 2. Auflage, LIT-Verlag, Münster 2001.**
- **Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Wahlkampf in den Medien – Wahlkampf mit den Medien. Ein Reader zum Wahljahr 1998. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000.**
- **Peter Grafe, Wahlkampf. Die Olympiade der Demokratie. Eichhorn, Frankfurt 1994.**
- **Werner Wolf, Wahlkampf und Demokratie. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985.**
- **Peter Radunski, Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation. Olzog-Studienbuch, München 1980.**

4.4 Fachliteratur zum Thema Wahlanalyse Bundestagswahl 1998/2002

- **Volker Hetterich, Von Adenauer zu Schröder – Der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998. Leske+budrich-Verlag, Opladen 2000.**
- **Noelle-Neumann/Kepplinger/Donsbach, Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998. 2. Auflage. Alber Reihe Kommunikation, Freiburg 2000.**
- **Joachim Hofmann-Göttig, Der Jugend eine Zukunft. www.net-part.rlp.de (Aktuelles/Newspaper).**
- **Forschungsgruppe Wahlen, Bericht zur Bundestagswahl 1998.**
- **Infratest/dimap, Bericht zur Bundestagswahl 1998.**

4.5 Demoskopisches und statistisches Material zur aktuellen Lage in der „heißen Wahlkampfphase“

- Infratest/dimap, Deutschland-Trend. Monatlich (freitags) im Auftrag von ARD und regionalen Zeitungen. Samstags in der Frankfurter Rundschau. Sowie zu den letzten Landtagswahlen Online-Wahlreporte.**
- Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer. Monatlich (freitags) im Auftrag des ZDF. Samstags in der Süddeutschen Zeitung. Sowie zu den letzten Landtagswahlen. Berichte der Forschungsgruppe.**
- EMNID. Wöchentliche (am Wochenende) Umfragen für n-tv. Gelegentlich im SPIEGEL.**
- Polis. Gelegentlich für Focus.**
- Forsa. Gelegentlich für „Bild“.**
- Demoskopisches Institut Allenbach. Gelegentlich mittwochs in der FAZ.**
- Bundeszentrale für politische Bildung, CD-ROM zur Bundestagswahl. 2002.**
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. U.a. Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht sowie weiteres amtliches Material.**
- Joachim Hofmann-Göttig, Der Jugend eine Zukunft.**

5. Glossar

Aggregatdaten = Merkmale von Mengen von Untersuchungseinheiten.

Amtliche Sonderauszählung nach Alter und Geschlecht = >Repräsentative Wahlstatistik.

Amtliche Wahlstatistik = Keine Umfragen, sondern Auswertung tatsächlichen Wahlverhaltens durch statistische Ämter.

Briefwahl = Wähler, die nicht im Wahllokal, sondern per Brief wählen (ihr Anteil an den Wählern insgesamt = Briefwahlquote).

Demoskopie = Meinungsforschung, >repräsentative Befragungen einer >Stichprobe der >Grundgesamtheit.

DeutschlandTREND = Regelmäßige politische Stimmungsmessung durch das Institut „Infratest/dimap“ u.a. für die ARD.

Empirische Sozialforschung = Messen dessen, was es gibt nach wissenschaftlichen Standards der >Objektivität, >Reliabilität und >Validität.

Evaluation = >Empirische Überprüfung der Zielerreichung eines Prozesses.

Exit Polls = >Demoskopische Erhebungen (Polls) von Wählern nach dem Verlassen (Exit) des Wahllokals.

Faktoren-Analyse > Multivariate...

Falsifizierung = Entkräftigung einer >Hypothese im Ergebnis >empirischer Arbeit.

Fokusgruppen = typische kleine Untersuchungseinheit für >qualitative Messverfahren in der >empirischen Sozialforschung.

Grundgesamtheit = Gesamtheit der Personen einer Untersuchungsgruppe aus der eine >Stichprobe gezogen wird (z.B. Grundgesamtheit = Wahlbevölkerung in Deutschland; Stichprobe für eine Umfrage N=2.000 Fälle).

Honorarprofessur/-professor = Ehrenamtliche, nebenberufliche Professur/Professor.

Hypothesen = Aus der Theorie abgeleitete Thesen, die mittels der >empirischen Sozialforschung entweder >verifiziert oder >falsifiziert, also geprüft werden.

Jungwähler/innen = Wähler bzw. Wahlberechtigte im Alter von 18 bis 24 Jahren.

Korrelationsberechnung = Begriff aus der Statistik zur Bestimmung des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen (Variablen).

Längsschnittanalysen = Verfolgung derselben >empirischen Fragestellung über einen langen Zeitraum (derselben Personen = Panel).

Mehrebenenanalysen = Verknüpfung von >Aggregatdaten und >demoskopischen, individuellen Daten = Kontextanalysen.

Mentoring-Projekt = Ein Erfahrener (Mentor) kümmert sich um Nachwuchs (Mentees).

Multivariate Faktoren-Analyse = Begriff aus der Statistik zur Bestimmung des Zusammenhangs mehrerer zusammenhängender (>korrelierender) Merkmale, um unmerkliche „Hintergrundgrößen“ zu erfassen.

Objektivität = Standard in der >empirischen Sozialforschung als intersubjektive Erhebung.

Ökologische Analysen = Analysen von >Aggregatdaten.

Ökologischer Fehlschluss = unzulässiger Schluss bei >Aggregatdaten von Gruppen auf Einzelne (Individuen).

Politbarometer = Regelmäßige politische Stimmungsmessung durch das Institut „Forschungsgruppe Wahlen“ exklusiv für das ZDF.

Pretest = Kleine Vor->Stichprobe, um den Untersuchungsaufbau und die Messinstrumente für eine >quantitative >empirische

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

Studie im Hinblick auf >Objektivität, >Validität und >Reliabilität zu testen.

Primäre Daten = Vom >empirischen Forscher selbst erhobene Original-Daten.

Qualitative Forschung = Gegenbegriff zur >quantitativen >empirischen Sozialforschung. Dient der Erkundung von >Fokusgruppen, ohne Anspruch auf >Repräsentativität. Dient häufig im Vorfeld >quantitativer Forschung der Vorbereitung von Erhebungsinstrumenten (z.B. eines geschlossenen Fragebogens).

Quantitative Forschung = Gegenbegriff zur >qualitativen Forschung >empirischer Sozialforschung, will die Größenverteilung eines Merkmals in >Grundgesamtheit oder >Stichprobe messen.

Randwähler = Von der präferierten Partei schwach gebundener Wähler (potenzieller >Wechselwähler).

Reliabilität = Verlässlichkeit als Standard in der >empirischen Sozialforschung als wiederholbare Erhebung mit dem gleichen Ergebnis.

Repräsentative Wahlstatistik = amtliche Sonderauszählung tatsächlichen Wahlverhaltens nach den Merkmalen Alter und Geschlecht unter Verwendung von in >Stichproben eingesetzten mit Geschlechts- und Altersgruppenaufdruck (z.B. 18-24-jährige) versehener Stimmzettel.

Repräsentativität = Eine >Stichprobe bildet ohne Verzerrung (ohne >systematischen Fehler) verkleinert die >Grundgesamtheit ab.

Sekundäre Daten = Von einem anderen >empirischen Forscher erhobene Daten, die zum Zwecke der Zweitauswertung herangezogen werden.

Sonntagsfrage = Standardfrage in der >Demoskopie: „Was würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären?“

Sozio-demografische Merkmale = Merkmale bei Untersuchungsgruppen (z.B. Alter, Geschlecht, Religion, Berufsstatus),

Stammwähler = Von der präferierten Partei stark gebundener Wähler.

Stichprobe = bildet möglichst >repräsentativ, jedenfalls verkleinert die >Grundgesamtheit ab.

Strategische Planung = Politische Planung mit dem Ziel der optimalen Positionierung auf dem Wählermarkt.

Systematischer Fehler = Fachbegriff aus der >Stichprobentheorie;. Verhindert die >Repräsentativität einer Stichprobe für die >Grundgesamtheit.

Tri*M-Index = Maßeinheit zur Bestimmung der Parteinähe eines Individuums, um >Stamm-, >Wechsel- und >Randwähler zu identifizieren.

Validität = Gültigkeit in der >empirischen Sozialforschung. Ein Messinstrument misst Merkmale, die es zu messen gilt.

Verifizierung = Bestätigung einer >Hypothese im Ergebnis >empirischer Arbeit.

Wählerwanderungsbilanz = Instrument der Wahlforschung zur Abschätzung, aus welchen Gruppen (Wähler anderer Parteien, Nichtwähler) eine bestimmte Partei Zugewinne oder Verluste per Saldo zu verbuchen hat.

Wechselwähler = Ungebundener Wähler.

Zukunftskompetenz = Standardfrage in der >Demoskopie: „Welche Partei glauben Sie alles im allen kann die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft am ehesten lösen?“

6. Namensregister

(Seite)

A

Adenauer, 13, 33, 59
 Althaus, 12, 13, 16, 30, 58
 Atteslander, 10, 28, 37, 56

B

Bahr, 45
 Barnes, 7
 Beck, 11, 14, 45
 Benninghaus, 37
 Bergsdorf, 30
 Bick, 22, 54
 Bilgeri, 13
 Börner, 45
 Brandt, Hugo, 45
 Brandt, Willy, 13, 17, 29, 45
 Brettschneider, 11, 29

Brunner, 16

Bürklin, 9, 27, 57

C

Claas, 55
 Clauss, 37
 Clemens, 12, 13
 Clinton, 29

D

Däubler-Gmelin, 45
 Donsbach, 13, 33, 59

E

Ebner, 37
 Edelhoff, 53
 Eith, 22
 Engholm, 45, 53
 Esser, 10, 24, 27, 37
 Evers, 25

F

Faas, 25
 Falter, 7, 16, 22, 25, 30, 57
 Fischer, 28
 Friedrich, 16
 Friedrich, Bruno, 45, 53
 Friedrichs, 37
 Fuchs, 45, 55

G

Gabriel, 7, 16, 25, 57
 Gehring, 37, 56
 Gibowski, 30
 Giersig, 37
 Gothe, 16
 Götte, 42
 Göttig, 54
 Grafe, 13, 17, 30, 58

H

Hahlen, 22
 Hartmann, 55
 Haug, 54
 Heitmeyer, 55
 Herzog, 42, 51
 Hetterich, 13, 33, 59
 Hill, 10, 24, 27, 37
 Hilmer, 30
 Hirsch, 54
 Hofmann, Martha, 51
 Hofmann, Werner, 51, 55
 Holtz-Bacha, 13, 14, 33, 58
 Hormuth, 3

J

Jacobi, 55
 Jagodzinski, 9, 11, 57
 Jahn, 45
 Jesse, 54

K

Kaltefleiter, 24, 30, 57
 Käpernick, 55
 Karl, 47
 Kepplinger, 13, 33, 59
 Klafki, 5, 42, 47, 51
 Klär, 47, 48
 Klein, 9, 11, 27, 57
 Kohl, 17, 29, 30
 Köhler, 53
 König, 10, 24, 37
 Kowalski, 37
 Kramm, 54
 Krenmayr, 41
 Kromrey, 10, 12, 27, 37, 56
 Kühnel, 42

L

Lafontaine, 10, 45, 55
 Lamatsch, 13
 Lamberti, 37, 56
 Lamnek, 13
 Leif, 16
 Lewentz, 14
 Liebig, 2, 3, 4, 5, 42
 Liepelt, 30
 Limbers, 55
 Lindenberger, 22
 Loos, 14
 Lösche, 30

M

Machnig, 47

Sozialwissenschaftliche Politikberatung –Praxisbericht: Ein Übungsfeld der Politologie

- Maier, 37
 Mauss, 13, 16
 Merkel, 18
 Metz, 54
 Meyer, 42
 Meyers, 42
 Mielke, 30
 Mittelberg, 53
 Mochmann, 9, 11, 57
 Müller-Hilmer, 16
- N**
 Neumann, 7
 Niedermayer, 7
 Niehus, 22
 Nißen, 24, 57
 Noelle-Neumann, 11, 13, 25, 29, 30, 33 57, 59
 Nuissl, 20
- O**
 Ohr, 9, 11, 57
- P**
 Pappi, 9
 Penner, 45
 Petersen, 11, 57
- R**
 Radunski, 13, 16, 30, 58,
 Raschke, 30
 Rattinger, 16, 25, 37, 57
 Rau, 11, 45
 Ristau, 48
 Ristock, 47
 Ritsert, 20
 Ritter, 22
 Rölke, 7
 Rose, 53
 Rosenbaum, 45
 Roth, 25, 27, 30, 57
 Ruhland, 30
- S**
 Schacht, 16, 38, 47
 Schäffer, 14
 Scharping, 45, 53, 55
 Schaub, 21
 Scheuch, 10
 Schill, 9, 25
- Schimunek, 37, 56
 Schlutz, 20
 Schmidt, 29, 30
 Schmitt, Karl, 42
 Schmitt, Norbert, 53
 Schmude, 45
 Schnell, 10, 24, 27, 37
 Schoppe, 48
 Schöppner, 17, 30
 Schrader, 37
 Schröder, 13, 17, 30, 33, 59
 Schulte-Wissermann, 45
 Schumann, 22
 Seidelmann, 42
 Siedschlag, 13
 Stadelmaier, 48
 Starzacher, 16
 Steffani, 53
 Steinweg, 53
 Stoiber, 17, 18
 Strübing, 12, 13
 Struck, 37, 56
- T**
 Thaysen, 53
 Tillmann, 20
- V**
 Veen, 30
 Vogel, 45, 55
 Vollstädt, 20
- W**
 Wagner, 25
 Wallow, 45, 55
 Walter, 13
 Walz, 16
 Wehner, 45
 Weins, 37
 Weins, 56
 Wiczorek-Zeul, 45
 Wienold, 37
 Wolf, Werner, 13, 16, 58
 Wolf, Willi, 42, 47, 51
 Wulf, 53
- Z**
 Zeisel, 37



Preisträger des





• Forschung

- Was ist Net-Part?
- Warum Partizipation?
- Basiswissen
- Modelle der Partizipation
- Kinderpolitische Landkarte Adressen
- Rechtliche Grundlagen
- Infos
- Beratung, Fortbildung

• **Forschung**



• Aktuelles



suchen 

Forschung



Kinderbarometer Rheinland-Pfalz

Eine repräsentative Studie, in der Kinder selbst zu zentralen Bereichen ihres Lebens Auskunft geben.

[Dr. Joachim Hofmann-Göttig, Jugend-Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz:
Der Jugend eine Zukunft](#)

[siehe auch Links zu Forschung aus Rheinland-Pfalz
im Bereich "Infos"](#)

[siehe auch Links zu Forschung bundesweit
im Bereich "Infos"](#)



Kinderbarometer Rheinland-Pfalz

Um Kenntnisse über Bedürfnislagen, Interessen und Meinungen von Kindern und Jugendlichen zu verschiedenen Lebensbereichen in Rheinland-Pfalz zu erhalten, beauftragte das Jugendministerium im Herbst 2000 das Büro "ProKids" in Herten/ Nordrhein-Westfalen, hierzu eine Untersuchung durchzuführen.

In 98 repräsentativ ausgewählten Schulklassen wurden im Schuljahr 2000/ 2001 insgesamt 1.978 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 4 bis 7 interviewt.

Die Ergebnisse liegen nunmehr in Form des sogenannten **"Kinderbarometers Rheinland-Pfalz"** vor.

Hiermit wurde für Rheinland-Pfalz *erstmalig* eine repräsentative Studie erstellt, in der Kinder selbst zu zentralen Bereichen ihres Lebens – u.a. Familie, Schule, Freundeskreis und Wohnumfeld - zu Wort kommen. Die Kinder wurden sowohl nach ihrem allgemeinen Wohlbefinden als auch nach ihrem Wohlbefinden in den genannten Bereichen befragt, ebenso zu ihren (Veränderungs-)Wünschen und Meinungen hinsichtlich dieser Lebenssphären.

[Kinderbarometer im PDF-Format](#)

Dr. Joachim Hofmann-Göttig,

Jugend-Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz:

"Der Jugend eine Zukunft - Schlaglichter auf die politische Herausforderung durch die nachwachsende Generation"

Über einen Zeitraum von vier Jahren wertete der Jugend-Staatssekretär des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Joachim Hofmann-Göttig, in der Studie die Ergebnisse von Bundes- und Landtagswahlen seit 1998 aus. Den Schwerpunkt richtete er dabei insbesondere auf das Wahlverhalten der jungen Generation - vor allem im Hinblick auf die zunehmenden

rechtsextremistischen Tendenzen bei Jungwählern.
Dr. Hofmann-Göttig ging dabei u. a. folgenden Fragen nach:

- Was will die Jugend?
- Welche Erwartungen hat sie an die Politik?
- Was unterscheidet die "heutige Jugend" von den "Erwachsenen"?

Bei der Beantwortung stützt sich die mittlerweile sechste aktualisierte Fassung der Studie nicht nur auf die Erkenntnisse der Wahlforschung, sondern greift ebenso die aktuellen Ergebnisse der Jugendforschung sowie gesamteuropäische Tendenzen auf.

Ein wichtiges Anliegen der Studie ist es, eine breite interessierte Öffentlichkeit sowie alle an politischer Bildung und Erziehung Beteiligten zu informieren. Mehr noch: Sie möchte zu einem inhaltlichen Diskurs über die Ergebnisse anregen und gleichzeitig Perspektiven formulieren für eine Annäherung von politischer Jugend- und Erwachsenenkultur.

Im Internet, stets aktualisiert:

<http://www.net-part.rlp.de/>

Kontakt: Joachim.Hofmann-Goettig@mbfj.rlp.de

Die komplette Studie kann hier durch einen Doppelklick mit der Maus als Word-Dokument geöffnet werden:

Der Jugend eine Zukunft

(selbstextrahierende Zip-Datei, Größe 73 KB)

Der Jugend eine Zukunft

(Word-Dokument, Größe 329 KB)

Ministerium

Bildung

Frauen

Jugend

ium

ung, Frauen und Jugend



RheinlandPfalz

Diese Seite ist sehbehindert
und optimiert für Browser